

BERICHT UND ANTRAG
DER REGIERUNG
AN DEN
LANDTAG DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN
ZUR
FINANZPLANUNG 2011 - 2015

<i>Behandlung im Landtag</i>	
	<i>Datum</i>
Schlussabstimmung	

Nr. 126/2010

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Zusammenfassung	5
Zuständiges Ressort	6
Betroffene Amtstelle.....	6
I. BERICHT DER REGIERUNG	7
1. Aufgabe der Finanzplanung.....	7
2. Volkswirtschaftliche Entwicklung.....	9
2.1 Die konjunkturelle Entwicklung in Liechtenstein.....	9
2.1.1 Umsätze	9
2.1.2 Beschäftigung.....	10
2.1.3 Konjunkturmfrage im industriellen Bereich	12
2.1.4 Preise.....	13
2.1.5 Monetäres Umfeld	14
2.1.6 Warenexporte	16
2.1.7 Finanzdienstleistungen	17
2.2 Die Entwicklung in wichtigen Exportländern	18
2.2.1 OECD-Mitgliedsländer.....	19
2.2.2 Schweiz.....	20
2.2.3 Deutschland	21
2.2.4 USA.....	22
2.3 Beurteilung der liechtensteinischen Konjunktorentwicklung.....	24
3. Finanzpolitische Ausgangslage	25
4. Vorgehen und Prämissen.....	27
4.1 Vorgehen	27
4.2 Prämissen	34
5. Entwicklung des Laufenden Haushalts	37
5.1 Laufende Erträge	37
5.2 Laufende Aufwendungen	38
5.3 Zusammenfassung des Laufenden Haushalts.....	41

6.	Entwicklung des Investitionshaushalts	43
6.1	Allgemeines	43
6.2	Nettoinvestitionen	43
6.3	Finanzierung der Nettoinvestitionen	45
7.	Entwicklung der Vermögensrechnung	47
8.	Finanzleitbild.....	49
9.	Sanierung des Staatshaushaltes	51
9.1	Beitragsleistungen.....	51
9.2	Finanzzuweisungen	55
9.3	Personalaufwand.....	57
9.4	Sachaufwand	59
II.	ANTRAG DER REGIERUNG.....	60

ZUSAMMENFASSUNG

Im Rahmen der letztjährigen Finanzplanung machte die Regierung deutlich, dass ohne einschneidende Gegenmassnahmen erhebliche Finanzierungsfehlbeträge in der Landesrechnung prognostiziert werden müssen, welche bis 2014 zu einem Reservenabbau von über CHF 800 Mio. führen würden. Deshalb hat die Regierung im vergangenen Jahr das Sanierungsprojekt „ausgewogen2015“ mit einem ausgabenseitigen Sanierungsziel von jährlich CHF 160 Mio. bis zum Jahr 2015 lanciert, um den Staatshaushalt nachhaltig ausgeglichen gestalten zu können. Mit Bericht und Antrag Nr. 73/2010 betreffend das Massnahmenpaket zur Sanierung des Staatshaushaltes hat die Regierung dem Landtag die Hauptentlastungsbereiche vorgelegt sowie das Vorgehen für die weiteren Reduktionsziele vorgestellt. Der vorliegende Bericht zeigt die Entwicklung des Staatshaushaltes in den Jahren 2011 bis 2015 unter den gesetzten Prämissen und unter Berücksichtigung entsprechender Reduktionsmassnahmen.

Im Bereich der laufenden Aufwendungen wird mit den formulierten Prämissen eine durchschnittliche Reduktion um -2.5 % angestrebt. Mit der Massnahmenrealisierung soll das Aufwandvolumen aus der ordentlichen Staatstätigkeit schrittweise bis ins Jahr 2015 auf rund CHF 800 Mio. reduziert werden. Bei den laufenden Erträgen zeichnet sich weiterhin keine nachhaltige Erholung ab, wobei die Finanzplanung der Ertragsseite aufgrund der Totalrevision des Steuergesetzes und der weiteren Entwicklung des Finanzplatzes von grosser Unsicherheit geprägt ist. Mit laufenden Erträgen aus der ordentlichen Staatstätigkeit von CHF 797 Mio. im Jahr 2015 wird gerade wieder das Niveau des Budgets 2011 erreicht.

Die Investitionsrechnung sieht für die Jahre 2011 bis 2015 Nettoinvestitionen im Umfang von CHF 215 Mio. oder durchschnittlich CHF 43 Mio. vor. Diese führen in der Gesamtrechnung zusammen mit den Cash Flows der Laufenden Rechnung zu einem kumulierten Finanzierungsfehlbetrag von CHF 360 Mio., wobei dieser von CHF 130 Mio. im Jahr 2011 schrittweise auf CHF 6 Mio. im Jahr 2015 reduziert werden kann.

Bei plankonformer Entwicklung kann das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung mit den gesetzten Prämissen nicht ganz erreicht werden. Ausgehend von der geringen Abweichung und den grossen Unsicherheiten auf der Ertragsseite verzichtet

die Regierung auf die kurzfristige Anpassung des Sanierungsziels. Dagegen soll höchste Priorität in die Weiterverfolgung des eingeschlagenen und vom Landtag bestätigten Weges zur Realisierung von Entlastungsmassnahmen gesetzt werden.

Im Rahmen des Sanierungsprojekts „ausgewogen2015“ sind in allen Teilbereichen Aktivitäten gestartet worden. Die Ausarbeitung der Massnahmen in den vier Hauptbereichen der Beitragsleistungen (Krankenversicherung, AHV-Staatsbeitrag, NBU-Staatsbeitrag und IHZE-Leistungen) sowie im Bereich der Finanzausweisungen an die Gemeinden befinden sich im Zeitplan. In den Kategorien Personal- und Sachaufwand werden einerseits zentrale übergreifende Entlastungsmöglichkeiten und andererseits im Rahmen einer umfassenden Aufgabenanalyse mögliche Aufwandreduktionen in sämtlichen Amtsstellen analysiert.

ZUSTÄNDIGES RESSORT

Ressort Finanzen

BETROFFENE AMTSTELLE

Stabsstelle Finanzen

Vaduz, 2. November 2010

P

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
Sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete

Die Regierung gestattet sich, dem Hohen Landtag gemäss Artikel 25 des Finanzhaushaltsgesetzes nachstehenden Bericht und Antrag zur Finanzplanung 2011 - 2015 zu unterbreiten.

I. **BERICHT DER REGIERUNG**

1. **AUFGABE DER FINANZPLANUNG**

Die Finanzplanung 2011 bis 2015 richtet sich nach dem bisherigen Finanzhaushaltsgesetz vom 13. November 1974, LGBI. 1974 Nr. 72, da die vom Landtag beschlossene Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes zum Zeitpunkt der Erstellung der Finanzplanung noch nicht in Kraft getreten ist. Mit Art. 25 des bisherigen Finanzhaushaltsgesetzes hat der Gesetzgeber der Regierung folgenden Auftrag erteilt:

- 1) *Die Regierung sorgt für eine mehrjährige Finanzplanung.*
- 2) *Der Finanzplan enthält:*

- a) einen mehrere Jahre umfassenden Überblick des künftigen Aufwands und Ertrags der Verwaltungsrechnung;*
 - b) eine Schätzung des künftigen Finanzbedarfs, insbesondere aufgrund der Investitionsplanung, mit einer Einstufung der Aufwendungen nach sachlicher und zeitlicher Dringlichkeit sowie Angaben über die Möglichkeiten der Deckung;*
 - c) eine Übersicht über die mutmassliche Entwicklung des Aktivvermögens und der Schulden.*
- 3) *Die Regierung legt dem Landtag den Finanzplan vor und berichtet jährlich über seine Verwirklichung und die notwendigen Anpassungen.*

Mit dem deutlichen Einbruch der laufenden Erträge kam der Finanzplanung im vergangenen Jahr eine besondere Bedeutung zu. Die Regierung zeigte mit diesem die Entwicklung des Staatshaushaltes auf, falls keine entsprechenden Gegenmassnahmen ergriffen werden. Daraus wurde ein ausgabenseitiges Reduktionsziel von CHF 160 Mio. abgeleitet, um den Staatshaushalt nachhaltig wieder ausgeglichen gestalten zu können. In weiterer Folge unterbreitete die Regierung dem Landtag einen Bericht und Antrag (Nr. 73/2010) betreffend das Massnahmenpaket zur Sanierung des Staatshaushaltes. Im nachfolgenden Bericht wird in einem ersten Schritt die aktuelle volkswirtschaftliche Situation des Landes beleuchtet. Anschliessend werden das Vorgehen und die Resultate für die kommende Finanzplanperiode dargestellt, wobei die geplanten Reduktionsmassnahmen entsprechende Berücksichtigung finden. In Folge wird der aktuellste Stand sowie das weitere Vorgehen im Rahmen des Sanierungsprojekts „ausgewogen2015“ ausführlich dargelegt.

2. VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Nachdem das Amt für Statistik regelmässig Berichte über die konjunkturelle Entwicklung erstellt und veröffentlicht, integriert die Regierung den jeweils aktuellsten Bericht als Bestandteil in ihre Finanzplanung. Im Nachfolgenden wird deshalb der Konjunkturbericht vom Herbst 2010 dargestellt.

2.1 Die konjunkturelle Entwicklung in Liechtenstein

2.1.1 Umsätze

Die Verkaufserlöse von 25 ausgewählten grösseren Unternehmen reduzierten sich im 1. Halbjahr 2010, nachdem sie im 2. Halbjahr 2009 vorübergehend zugelegt hatten. Sie lagen im 1. Halbjahr 2010 -5 % tiefer als im Vorjahreshalbjahr. Im Vergleich zum 2. Halbjahr 2009 gingen die Verkaufserlöse um -13 % zurück.

Die Umsatzentwicklung fiel für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche sehr unterschiedlich aus. Während sich die Lage der Industrie verbesserte, mussten die Finanzdienstleister im 1. Halbjahr 2010 einen starken Umsatzeinbruch hinnehmen.

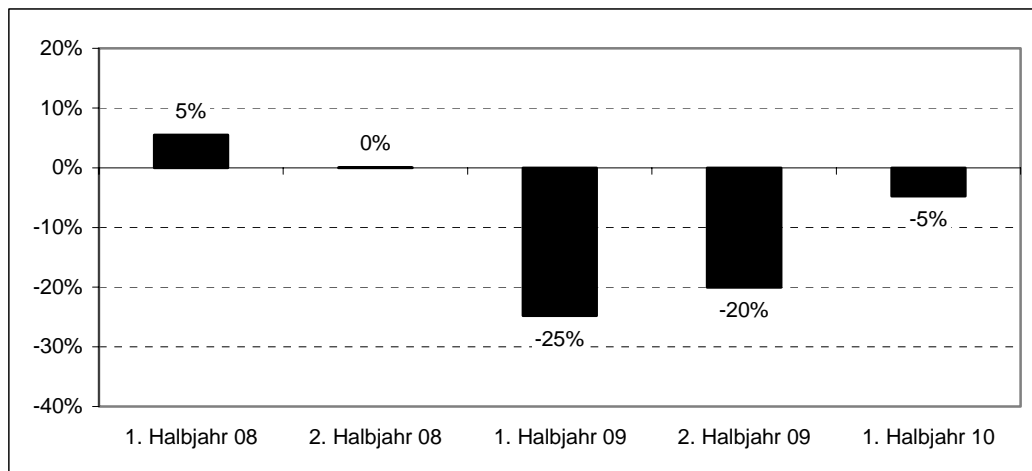
Die Umsätze der 12 ausgewählten Industrieunternehmen erhöhten sich im 1. Halbjahr 2010 um +14 % gegenüber dem 1. Halbjahr 2009. Sie lagen jedoch immer noch deutlich unter den Umsätzen, wie sie vor der Wirtschaftskrise erzielt worden waren.

Bei den 6 ausgewählten Finanzdienstleistern kam es im 1. Halbjahr 2010 zu einem massiven Umsatzrückgang von -42 % gegenüber dem Vorjahreshalbjahr. Im Vergleich zum 2. Halbjahr 2009 belief sich der Umsatzrückgang auf -36 %.

Die 7 ausgewählten Unternehmen aus dem Bereich der allgemeinen Dienstleistungen verzeichneten im 1. Halbjahr 2010 einen leichten Umsatzrückgang von -3 % im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr.

Umsatzentwicklung von 25 grösseren Unternehmen

Veränderung der Umsätze im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr



Datenquelle: Steuerverwaltung

2.1.2 Beschäftigung

Der liechtensteinische Arbeitsmarkt beginnt sich wieder zu erholen. Das Beschäftigungsniveau von Mitte 2008 vor der Wirtschaftskrise ist jedoch noch nicht erreicht. Mitte 2010 lag die Beschäftigtenzahl -0.4 % bzw. rund 130 Personen unter dem Vorjahresstand und belief sich auf rund 33'300 Beschäftigte (+/- 200 Beschäftigte).

Der leichte Beschäftigungsrückgang zwischen Mitte 2009 und Mitte 2010 ist auf das 2. Halbjahr 2009 zurückzuführen. Im 1. Halbjahr 2010 war wieder ein Anstieg der Beschäftigten zu beobachten.

Im Wirtschaftsbereich Industrie und warenproduzierendes Gewerbe reduzierte sich die Beschäftigtenzahl von Mitte 2009 auf Mitte 2010 um -0.9 % bzw. rund

120 Personen. Der Beschäftigungsabbau hat sich damit deutlich verlangsamt. Beschäftigungsrückgänge verzeichneten insbesondere die Wirtschaftszweige Maschinenbau und Herstellung von Nahrung.

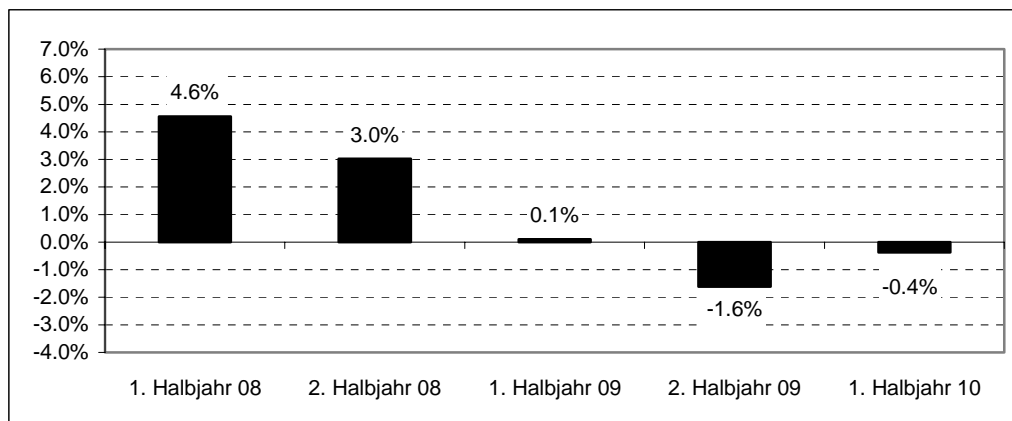
Der Finanzdienstleistungsbereich war beschäftigungsmässig bis Mitte 2009 noch kräftig gewachsen. Von Mitte 2009 bis Mitte 2010 ging die Beschäftigung jedoch um -1.5 % bzw. rund 90 Beschäftigte zurück.

Die allgemeinen Dienstleistungen vermochten den Rückgang des Finanzdienstleistungsbereichs weitgehend zu kompensieren. Hier resultierte ein Beschäftigungsplus von +0.6 % bzw. rund 80 Beschäftigten.

Die Arbeitslosenquote sank innert Jahresfrist von 3 % auf 2.3 % bzw. von 551 auf 411 Personen Ende September 2010.

Entwicklung der Beschäftigtenzahl

Veränderung der Anzahl Voll- und Teilzeitbeschäftigter gegenüber dem Vorjahreswert



Datenquelle: Amt für Statistik

2.1.3 Konjunkturumfrage im industriellen Bereich

An der Konjunkturumfrage zum 2. und 3. Quartal 2010 nahmen 50 Unternehmen der Industrie und des warenproduzierenden Gewerbes teil. Diese Unternehmen repräsentieren gut zwei Drittel der Beschäftigten im Sektor Industrie.

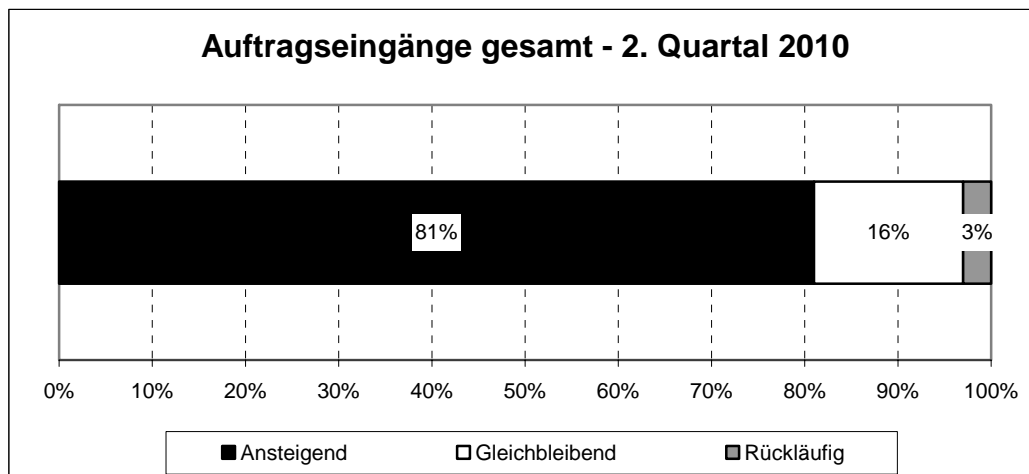
Die konjunkturelle Erholung hat sich weiter fortgesetzt. Am Ende des 2. Quartals 2010 bezeichnete nur noch 1 % der Unternehmen die allgemeine Lage als schlecht. Für 61 % der Unternehmen war die allgemeine Lage gut und 38 % der Unternehmen beurteilten sie als befriedigend. Für das 3. Quartal 2010 waren die Erwartungen der Unternehmen ähnlich positiv.

Die Auftragsentwicklung verbesserte sich im 2. Quartal 2010 erneut. 81 % der Unternehmen meldeten steigende Auftragseingänge. Bei 16 % der Unternehmen blieb das Auftragsniveau gleich und bei 3 % der Unternehmen war es rückläufig. Für das 1. Quartal 2010 hatten erst 39 % der Unternehmen steigende Auftragseingänge gemeldet.

In der Metallindustrie, welche von der Wirtschaftskrise besonders hart getroffen worden war, beurteilte nur noch 1 % der Unternehmen die Lage als schlecht. 95 % der Metallunternehmen meldeten steigende Auftragseingänge im 2. Quartal 2010. Sehr positiv war die Lagebeurteilung auch in der Nichtmetallindustrie. 69 % der Nichtmetallunternehmen verzeichneten steigende Auftragszahlen. Im Baugewerbe stabilisierte sich die Auftragslage im 2. Quartal 2010.

Auftragslage am Ende des 2. Quartal 2010

Auftragseingänge im Vergleich zum Vorquartal, gewichtet nach Beschäftigten



Datenquelle: Amt für Statistik

2.1.4 Preise

Nach einem kurzen Anziehen der Konsumentenpreise im Frühjahr 2010 reduzierten sich die Teuerungsraten ab Mai wieder. In den Monaten Juni bis September 2010 blieb die Jahresteuerung tief. Sie belief sich im September 2010 auf 0.3 %.

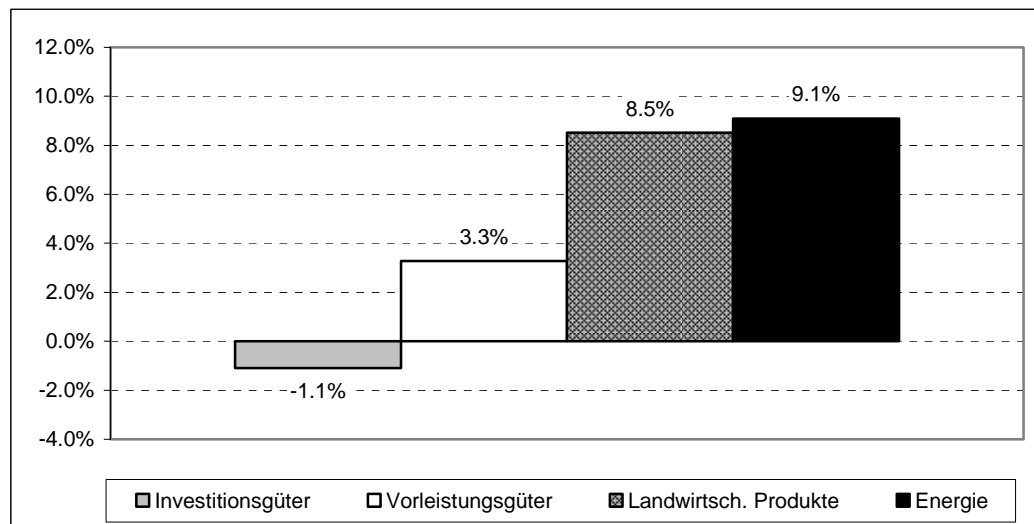
Der Verlauf des Schweizerischen Landesindex der Konsumentenpreise ist stark von der Preisentwicklung der Erdölprodukte geprägt. Die Erdölpreise haben sich in den letzten Monaten abgeschwächt, was sich dämpfend auf den Landesindex der Konsumentenpreise ausgewirkt hat.

Die Kerninflation, welche die stark schwankenden Preise von Energie, Treibstoffen, Nahrung, Getränken, Tabak und Saisonprodukten ausklammert, ist seit dem Frühjahr 2010 ebenfalls zurückgegangen. Im September 2010 lag die Kerninflationsrate bei 0.0 %. Deflationäre Tendenzen sind gemäss Einschätzung der Schweizerischen Nationalbank derzeit jedoch nicht zu erkennen.

Nach einem deutlichen Rückgang der Importpreise im Jahr 2009 um -7.4 % ist im laufenden Jahr trotz des starken Frankens ein leichter Anstieg der Importpreise zu beobachten. Im August 2010 lagen die Importpreise +1.2 % über dem Vorjahresniveau. Besonders stark fielen die Erhöhungen der Importpreise bei den Metallen, den Metallprodukten und den Mineralölprodukten aus.

Entwicklung verschiedener Importpreise bis August 2010

Veränderung der Importpreise einzelner Produktgruppen gegenüber dem Vorjahr in %



Datenquelle: Bundesamt für Statistik, Neuchâtel

2.1.5 Monetäres Umfeld

Die wichtigsten Notenbanken belassen die Leitzinsen auf historisch tiefem Niveau, um die konjunkturelle Erholung weiterhin zu stützen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hält seit Frühjahr 2009 am Leitzinssatz von 0.25 % fest. Sie hat in den letzten Monaten jedoch begonnen, Liquidität aus dem Finanzsystem abzuschöpfen.

Die kurzfristigen Zinssätze liegen aktuell bei 0.18 % (Dreimonats-Libor CHF). Anfang Mai 2010 sank der Dreimonats-Libor zum Teil deutlich unter den Leitzinssatz der SNB und erreichte Anfang Juni 2010 einen Tiefststand von 0.08 %. Bis Ende

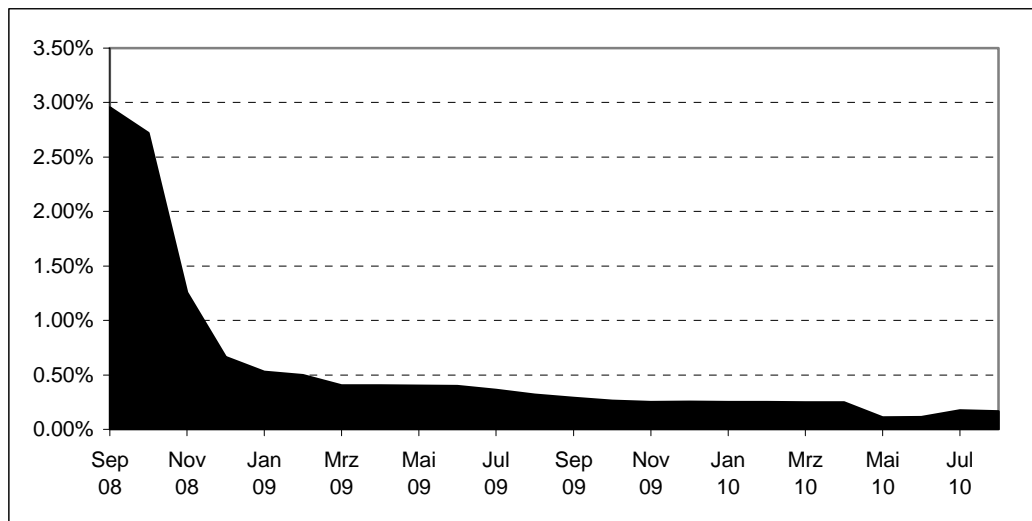
Juli 2010 erhöhte sich der Dreimonats-Libor wieder auf 0.17 % und bewegt sich seither seitwärts. Die Liechtensteinische Landesbank AG bietet ihre dreimonatigen Nostro-Festgeldanlagen in CHF zum Zinssatz von 0.125 % an.

Die Renditen der 10-jährigen Schweizerischen Bundesobligationen sanken bis Ende August 2010 auf tiefe 1.19 % ab, nachdem sie Mitte April 2010 noch bei 2 % notiert hatten. Aktuell liegen die langfristigen Renditen bei 1.41 %.

Gegenüber dem Euro hat sich der Schweizer Franken seit Ende 2009 um rund 11 % aufgewertet. Aktuell liegt der Euro-Wechselkurs bei CHF 1.34. Die SNB hat ihre Interventionen am Devisenmarkt vorerst eingestellt. Auch gegenüber dem US-Dollar ist der Franken seit Juni 2010 stärker geworden. Der USD-Wechselkurs notiert nun bei CHF 0.96.

Entwicklung der kurzfristigen Zinssätze

CHF-Libor auf 3 Monate, Werte zum Monatsende



Datenquelle: Schweizerische Nationalbank

2.1.6 Warenexporte

Nach dem massiven Einbruch der Warenexporte aufgrund der Wirtschaftskrise 2008/09 konnten die Exportzahlen ab Mitte 2009 wieder zulegen. Im 1. Halbjahr 2010 hat sich die Erholung der liechtensteinischen Exportwirtschaft fortgesetzt.

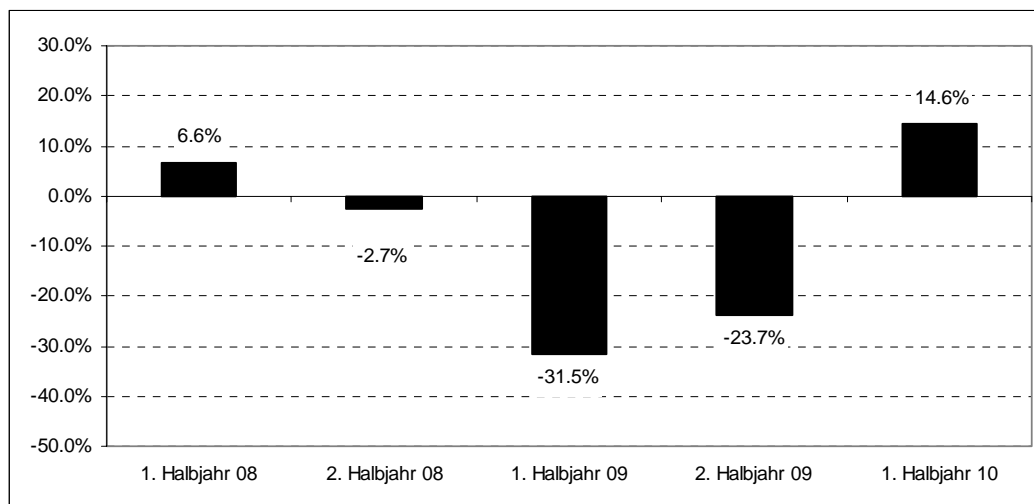
Insgesamt übertrafen die direkten Warenexporte der liechtensteinischen Unternehmen im 1. Halbjahr 2010 den Vorjahreswert um +14.6 % (ohne Exporte in die Schweiz). Im Juli und August 2010 verlangsamte sich das Exportwachstum auf rund +5 %. Für die ersten acht Monate resultiert eine Zunahme der direkten Warenexporte von +12.1 % gegenüber der Vorjahresperiode. Die Warenexporte der Schweiz nahmen im selben Zeitraum um +10.2 % zu. Vergleicht man mit der Situation vor der Wirtschaftskrise, liegen die liechtensteinischen Warenexporte im Jahr 2010 jedoch immer noch deutlich tiefer als im Jahr 2008.

Die liechtensteinischen Warenexporte in die europäischen Länder konnten mit einem Plus von +6.9 % bis August 2010 nur unterdurchschnittlich zulegen. Europa ist mit einem Exportanteil von knapp zwei Dritteln aber weiterhin der wichtigste Absatzmarkt der liechtensteinischen Exportwirtschaft.

Besonders kräftig nahmen bis August 2010 die Warenexporte nach Asien zu. Sie erhöhten sich um +23.4 %. Die Exporte nach Asien waren im 2009 allerdings auch am stärksten eingebrochen. Die Warenexporte in die USA stiegen bis August 2010 um +17.7 % an.

Entwicklung der liechtensteinischen Direktexporte

Warenexporte (ohne Exporte in die Schweiz) im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr in %



Datenquelle: Eidg. Oberzolldirektion

2.1.7 Finanzdienstleistungen

Die internationalen Finanzmärkte waren in der ersten Jahreshälfte 2010 von Unsicherheit geprägt. In den letzten Monaten hat sich die Lage aufgrund der Stabilisierungsmassnahmen der europäischen Regierungen und der Notenbanken jedoch etwas beruhigt.

Die Unsicherheit an den Finanzmärkten hat sich auch gemäss den Mehrwertsteuerdaten auf die Umsätze grösserer Finanzdienstleister ausgewirkt. Gegenüber dem Vorjahreshalbjahr gingen die Umsätze im 1. Halbjahr 2010 um -42.1 % zurück. Dies ist der stärkste Rückgang seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im 2. Halbjahr 2008.

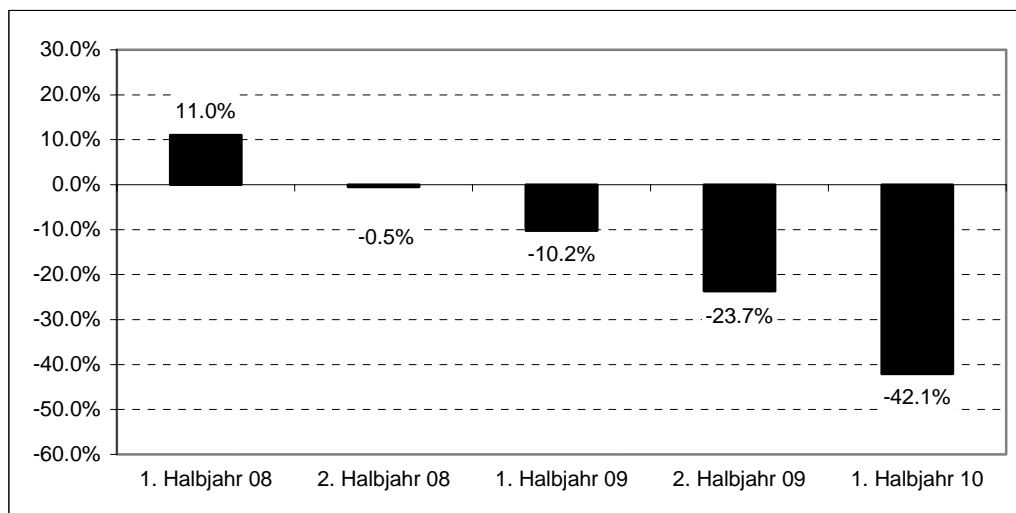
Hingegen verzeichneten die drei grössten Bankengruppen im 1. Halbjahr 2010 den ersten Netto-Neugeld-Zufluss seit 2 Jahren. Er belief sich auf CHF +2.3 Mrd. Im 2. Halbjahr 2009 hatten die drei Bankengruppen noch einen Neugeld-Abfluss von CHF -4.0 Mrd. hinnehmen müssen. Das betreute Kundenvermögen der drei

Bankengruppen reduzierte sich im 1. Halbjahr 2010 jedoch um -2.0 % auf CHF 173.7 Mrd. Die Neugeld-Zuflüsse wurden durch negative Währungs- und Börsenkurseffekte mehr als kompensiert.

Der Swiss Performance Index (SPI) der Schweizer Aktienbörse liegt aktuell -8.4 % unter dem bisherigen Höchstwert von Mitte April 2010. Im Vergleich zum Endjahresstand 2009 notiert der SPI -0.3 % tiefer. Der MSCI Weltindex erhöhte sich in dieser Zeit um +2.6 %.

Umsatzentwicklung im Finanzdienstleistungsbereich

Veränderung der Umsätze gegenüber dem Vorjahreshalbjahr in %



Datenquelle: Steuerverwaltung

2.2 Die Entwicklung in wichtigen Exportländern

Die liechtensteinische Volkswirtschaft ist ausserordentlich stark von ausländischen Absatz- und Beschaffungsmärkten abhängig. Eine Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung Liechtensteins hat deshalb die Entwicklung der wichtigsten Absatzländer einzubeziehen. Auf die Schweiz, Deutschland und die USA entfällt rund die Hälfte der liechtensteinischen Warenexporte.

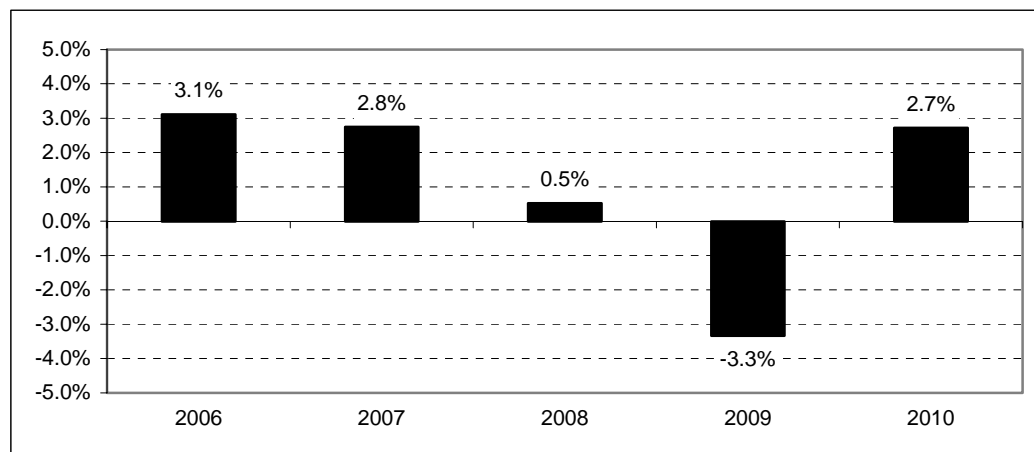
2.2.1 OECD-Mitgliedsländer

Für das laufende Jahr rechnet die OECD für ihre dreissig Mitgliedsländer mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) von +2.7 %. Die konjunkturelle Erholung ist damit rascher eingetreten und kräftiger ausgefallen, als dies die OECD vor einem Jahr noch erwartet hatte. Gemäss der jüngsten Einschätzung der OECD mehren sich jedoch die Anzeichen für eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in der zweiten Hälfte 2010 und im 2011. Vor allem die Entwicklung des privaten Konsums dürfte aufgrund der erlittenen Vermögensverluste der privaten Haushalte und der Unsicherheit über einen möglichen Arbeitsplatzverlust gedämpft werden.

Der vorauslaufende OECD-Index der Composite Leading Indicators weist ebenfalls auf einen kommenden Abschwung der konjunkturellen Entwicklung im OECD-Raum und im Euro-Raum hin.

Wachstumsraten der OECD-Länder

Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in %



Datenquelle: OECD (Economic Outlook, June 2009)

2.2.2 Schweiz

In der Schweiz hat sich die konjunkturelle Erholung mit einem kräftigen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im 1. Halbjahr 2010 fortgesetzt.

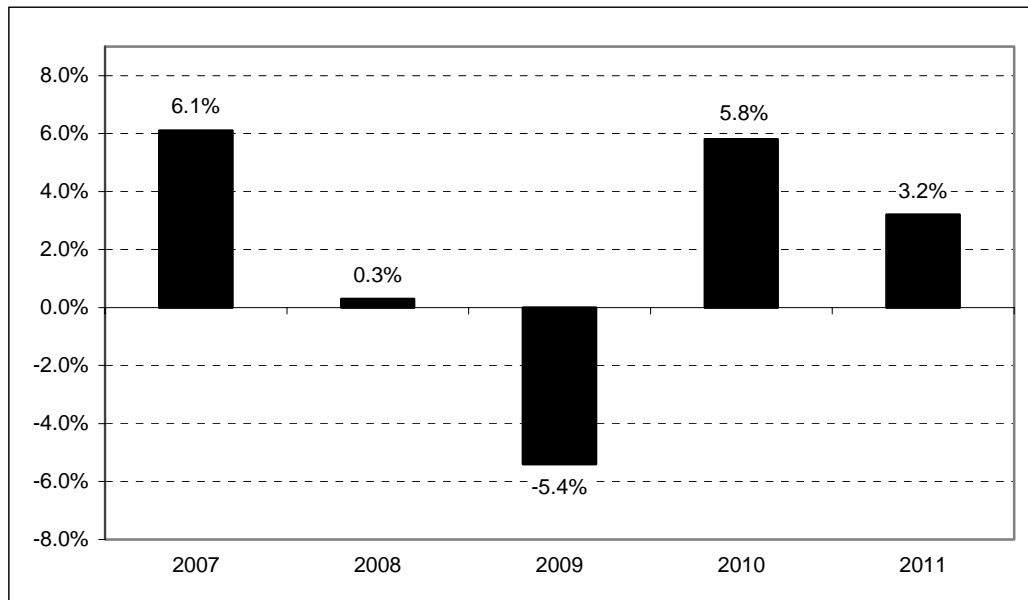
Für das laufende Jahr erwartet das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) einen Anstieg des realen BIP um +2.7 %. Besonders stark fielen im 1. Halbjahr 2010 die Wertschöpfungszuwächse im Industriebereich und im Finanzdienstleistungsbe- reich aus. Demgegenüber verzeichneten die binnenwirtschaftlichen Dienstleis- tungen und die öffentliche Verwaltung nur noch geringe Zuwächse. Trotz Wirt- schaftskrise erzielte das Baugewerbe im 2009 ein starkes Wertschöpfungs- wachstum, welches sich auch im 2010 fortsetzt.

Für das 2. Halbjahr 2010 wird jedoch mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gerechnet. Die Entwicklung der Warenexporte hat wechselkursbe- dingt an Schwung verloren. Die Geschäftserwartungen der Industrie beginnen sich wieder zu verschlechtern. Für das nächste Jahr erwartet das seco ein deut- lich geringeres Wachstum der schweizerischen Volkswirtschaft mit einer BIP- Zunahme von +1.2 %.

Seit dem 4. Quartal 2009 nimmt die Beschäftigung in der Schweiz wieder zu, wo- bei bis anhin vor allem der Dienstleistungssektor zum Beschäftigungswachstum beigetragen hat. Bis Ende August 2010 sank die Arbeitslosenquote auf 3.8 %, nachdem sie als Folge der Wirtschaftskrise Ende 2009 einen Höchststand von 4.2 % erreicht hatte.

Entwicklung der schweizerischen Importe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, zu Preisen des Vorjahres



Datenquelle: BFS, SECO

2.2.3 Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft hat sich rasch aus ihrer tiefen Rezession lösen können und befindet sich auf Erholungskurs.

Gemäss den Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt in den ersten beiden Quartalen 2010 um +2.1 % und +4.1 % gegenüber den Vorjahreswerten. Für das laufende Jahr rechnet die OECD mit einem Zuwachs des deutschen BIP um +1.9%. Nach Einschätzung der OECD soll sich das deutsche Wirtschaftswachstum mit einem Plus von +2.1% auch im 2011 fortsetzen.

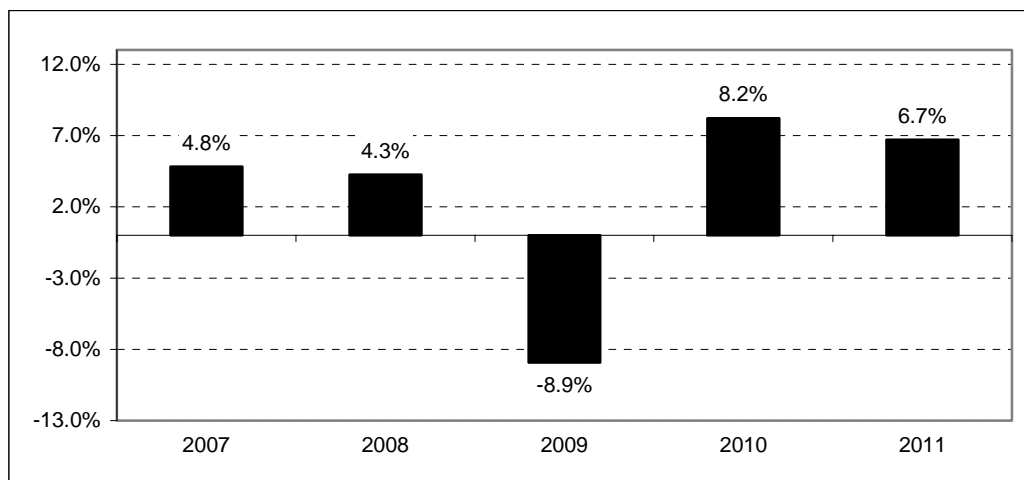
Getragen wird die konjunkturelle Erholung von den Exporten, insbesondere nach Asien. Dementsprechend verzeichnet der Industriesektor im 1. Halbjahr 2010 besonders starke Wertschöpfungszuwächse. Der ifo Geschäftsklimaindex der

Industrieunternehmen von August 2010 zeigt weiterhin nach oben. Auch bezüglich der Geschäftsentwicklung in den nächsten sechs Monaten sind die Unternehmen zuversichtlich. Die Importe haben ebenfalls angezogen und liegen real betrachtet wieder auf demselben Niveau wie vor der Wirtschaftskrise.

Die konjunkturelle Erholung hat mittlerweile auch den Arbeitsmarkt erfasst. Bis August 2010 sank die Arbeitslosenquote auf 7.6 %, was dem gleichen Wert wie vor der Wirtschaftskrise im August 2008 entspricht. Die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich nun auf 3.2 Mio. Menschen, nachdem im Februar 2010 noch 3.6 Mio. Menschen arbeitslos waren.

Entwicklung der deutschen Importe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, preisbereinigt



Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; OECD

2.2.4 USA

Die wirtschaftliche Dynamik der USA hat seit Frühjahr 2010 nachgelassen. Die konjunkturellen Aussichten haben sich eingetrübt.

Im 1. Halbjahr 2010 lag das reale BIP der USA gemäss den Angaben des Bureau of Economic Analysis (BEA) +2.7 % über dem Vorjahreswert. Dieses relativ starke

BIP-Wachstum ist aber in erster Linie auf das starke 1. Quartal 2010 zurückzuführen. Im 2. Quartal 2010 war der Zuwachs deutlich geringer.

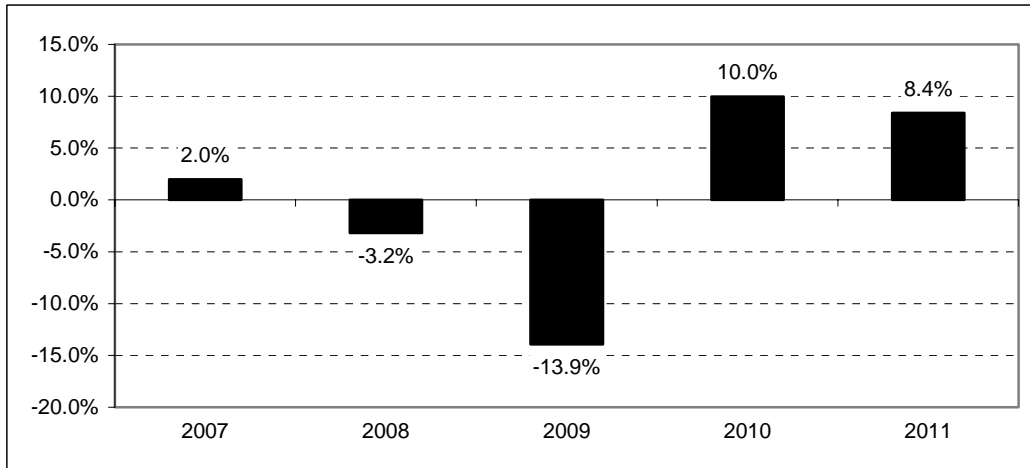
Gestützt wurde das Wirtschaftswachstum im 1. Halbjahr 2010 vor allem von den Investitionen, während die Expansion des privaten Konsums eher bescheiden verläuft. Aufgrund der ausserordentlich hohen Verschuldung in den vorangegangenen Boomjahren müssen die privaten Haushalte jetzt verstärkt Schulden abbauen und mehr sparen, was die Konsumausgaben und das BIP-Wachstum dämpft.

Die Entwicklung der privaten Konsumausgaben wird auch durch die hohe Arbeitslosigkeit belastet. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich in der Wirtschaftskrise 2008/2009 ausserordentlich stark und ging trotz des BIP-Wachstums in den letzten vier Quartalen kaum zurück. In den Sommermonaten 2010 war die Beschäftigung rückläufig. Die Arbeitslosenquote belief sich im August 2010 auf hohe 9.6 %.

Die realen Importe der USA steigen seit Mitte 2009 jedoch kräftig an. In den ersten beiden Quartalen 2010 erhöhten sie sich um +6.2 % bzw. +17.2 % gegenüber den Vorjahresquartalen.

Entwicklung der US-Importe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, preisbereinigt



Datenquelle: OECD (Economic Outlook, May 2010)

2.3 Beurteilung der liechtensteinischen Konjunktorentwicklung

Die konjunkturelle Erholung der liechtensteinischen Volkswirtschaft hat sich im 1. Halbjahr 2010 weiter fortgesetzt. Es zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen.

Erfreulich verläuft die Entwicklung im Industriesektor. Die direkten Warenexporte der liechtensteinischen Unternehmen erhöhten sich im 1. Halbjahr 2010 um +15 % gegenüber dem Vorjahreshalbjahr. Auch die Umsätze von 12 ausgewählten Industrieunternehmen nahmen gemäss den Mehrwertsteuerdaten im 1. Halbjahr 2010 um +14 % zu. Die wirtschaftliche Erholung des Industriesektors spiegelt sich auch in der Konjunkturumfrage von Mitte 2010 wider. 99 % der befragten Industrie- und Gewerbeunternehmen beurteilten die allgemeine Lage als gut oder befriedigend.

Schwierig ist die Situation weiterhin für die Finanzdienstleister. Wohl verzeichneten die drei grössten Bankengruppen im 1. Halbjahr 2010 erstmals seit zwei Jahren einen Netto-Neugeld-Zufluss. Das betreute Kundenvermögen ging unter dem

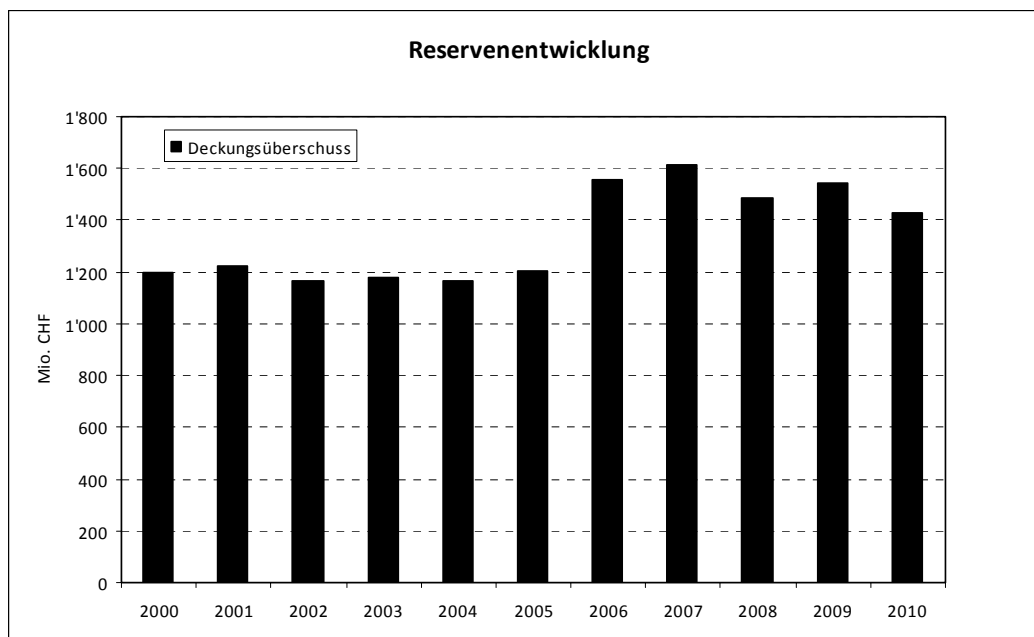
Einfluss der negativen Währungs- und Börsenkursentwicklung jedoch zurück. Die Umsätze ausgewählter Finanzdienstleister reduzierten sich gemäss den Mehrwertsteuerdaten im 1. Halbjahr 2010 sogar um -42 %.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung verlief im 1. Halbjahr 2010 trotz der Unsicherheiten auf den internationalen Finanzmärkten positiver als erwartet. Die Rahmenbedingungen für die liechtensteinische Volkswirtschaft beginnen sich jedoch zu verschlechtern. In wichtigen Absatzmärkten verringert sich das Wirtschaftswachstum oder es muss zumindest im nächsten Jahr mit einer Wachstumsverminderung gerechnet werden. Die Aufwertung des Schweizer Francs gegenüber dem Euro und dem US-Dollar dämpft die Exportchancen der Industrie zusätzlich. Im Finanzdienstleistungsbereich belasten die tiefen Zinsen das Ergebnis der Banken aus dem Zinsengeschäft.

Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich die konjunkturelle Erholung der liechtensteinischen Volkswirtschaft wieder verlangsamen wird.

3. FINANZPOLITISCHE AUSGANGSLAGE

Die heutigen Reserven des Staatshaushaltes ergeben sich einerseits aus den kumulierten Finanzierungsüberschüssen der Vergangenheit und andererseits zu einem Grossteil aus dem Verkauf von Aktienanteilen an der Liechtensteinischen Landesbank AG. So ergaben sich mit der letztmaligen Reduktion des Staatsanteils an der Liechtensteinischen Landesbank AG im Jahr 2006 kumulierte Verkaufserlöse von rund CHF 1.1 Mrd. Ohne Berücksichtigung der Erlöse aus dem Aktienverkauf konnten die Reserven nach dem Jahr 2000 aufgrund der Finanzierungsüberschüsse und -fehlbeträge nicht erheblich ausgebaut werden.



Im Jahr 2009 schloss die Rechnung trotz eines Finanzierungsfehlbetrages aus der ordentlichen Staatstätigkeit von CHF 61 Mio. dank einer deutlichen Erholung an den Finanz- und Kapitalmärkten und einem damit verbundenen positiven Finanzergebnis mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von CHF 63 Mio. ab. Für das laufende Jahr wird mit der Mutmasslichen Rechnung 2010 von einem Finanzierungsfehlbetrag aus der ordentlichen Staatstätigkeit in Höhe von CHF 166 Mio. ausgegangen. Unter Berücksichtigung des prognostizierten Finanzergebnisses von CHF 50 Mio. schliesst die Gesamtrechnung mit einem voraussichtlichen Finanzierungsfehlbetrag von CHF 116 Mio. ab, womit die Reserven im entsprechenden Umfang abgebaut würden.

Nach den deutlichen Einbrüchen auf der Ertragsseite zeigte die letztjährige Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014 ohne einschneidende Gegenmassnahmen keine Erholung. Unter den im letzten Jahr gesetzten Prämissen ergab sich ein kumulierter Finanzierungsfehlbetrag von CHF 827 Mio., womit ein grosser Teil der staatlichen Reserven abgebaut würde. Die Finanzplanung zeigte damit erheblichen Handlungsbedarf auf, um das Ziel eines ausgeglichenen Staatshauses

halts wieder zu erreichen. Auf dieser Grundlage wurde ein nachhaltiger Sanierungsbedarf in der Grössenordnung von CHF 160 Mio. festgelegt. Zur Sanierung des Staatshaushalts hat die Regierung das umfassende Projekt „ausgewogen2015“ lanciert und bestimmt, dass die Zielerreichung ausgabenseitig umzusetzen ist. Die vorliegende Finanzplanung zeigt die Entwicklung des Staatshaushaltes unter Berücksichtigung des Sanierungsprojektes auf. In Kapitel 9 wird der aktuelle Stand sowie das weitere Vorgehen zum Projekt „ausgewogen2015“ erläutert.

4. VORGEHEN UND PRÄMISSEN

4.1 Vorgehen

Die Finanzplanung baut jeweils auf dem Voranschlag des kommenden Jahres auf und hinterlegt Prämissen für die Entwicklung der weiteren Jahre. Wie im vergangenen Jahr wurden im Zuge der Erarbeitung der Prämissen für die Finanzplanung erneut diverse Branchenverbände um eine Einschätzung der Entwicklung in ihren Bereichen gebeten. Gefragt wurde nach den Auswirkungen der Rahmenbedingungen auf die Branchen (bspw. Konjunktur oder gesetzliche Grundlagen), der längerfristigen Beschäftigungsentwicklung sowie nach den Umsatz- und Ertragschancen in den jeweiligen Branchen. Von verschiedenen Branchenverbänden sind Rückmeldungen zur Einschätzung der mittelfristigen Entwicklung eingegangen, welche im Nachfolgenden dargelegt werden. Die Ausführungen des Liechtensteinischen Bankenverbandes wurden für die Erarbeitung der Finanzplanung berücksichtigt, können auf Wunsch des Verbandes jedoch nicht zitiert werden.

LIHK

"Die LIHK-Industrie-Vorstandsunternehmen waren von der Weltwirtschaftskrise unterschiedlich betroffen; von kaum bis sehr stark. Die aktuelle Stimmung in den

Unternehmen, welche von der Krise betroffen waren, ist um einiges positiver als noch Ende 2009. Diese Unternehmen haben die schwierige wirtschaftliche Situation zum grossen Teil hinter sich gebracht, aber der starke Franken gefährdet eine nachhaltige Konjunkturerholung. Obwohl die grossen liechtensteinischen Exportunternehmen gewohnt sind mit schwankenden Währungen umzugehen, bremst insbesondere der schwache Euro zum Schweizer Franken das gewünschte Wachstum; die Euro-Zone ist als Absatzmarkt von grosser Bedeutung für die liechtensteinische Industrie. Die Industrieunternehmen stehen unter einem sehr hohen, meist globalen Wettbewerbsdruck. Kompensiert werden kann dieser Druck nur durch kompetente Mitarbeitende, Effizienz in den Prozessen und vor allem Differenzierung durch Innovation. Daher sind exzellente Rahmenbedingungen wie eine erweiterte Personenfreizügigkeit, das neue Steuergesetz sowie Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit den wichtigsten Handelsländern Grundvoraussetzungen für die Industrie, um weiter erfolgreich in und aus Liechtenstein wirtschaften zu können. Auch der Abschluss weiterer Freihandelsabkommen der EFTA oder der Schweiz mit wichtigen Absatzländern ist notwendig.

In den Industrie-Vorstandsunternehmen wird die Beschäftigungsentwicklung in Liechtenstein in der Finanzplanungsperiode 2011 bis 2015 im Bereich von gleichbleibend bis leicht wachsend erwartet, im Ausland wachsend bis stark wachsend.

Bei den von der Wirtschaftskrise betroffenen Industrie-Vorstandsunternehmen läuft die Erholung von den schlechten Ergebnissen von 2009 kontinuierlich, aber nicht bei allen Unternehmen gleich schnell. Die verbesserten Resultate basieren neben der Konjunkturerholung auch auf den dauernden Bemühungen zu innovativen Produkten und Dienstleistungen, zu Produktivitätssteigerungen und zu Kostensenkungen. Das Jahr 2010 bleibt jedoch für viele der Unternehmen geschäftsmässig nach wie vor eine Herausforderung. Eine mögliche weltweite Erholung der Konjunktur wird nicht vor dem Jahr 2011 erwartet. Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung für die nächsten fünf Jahre wird von den Industrie-

Vorstandsunternehmen im Schnitt von leicht positiv bis positiv eingeschätzt; Wachstum und gute Ergebnisse sind jedoch auch stark währungsabhängig. Ein starker Schweizer Franken insbesondere gegenüber dem Euro und dem Dollar führt zu einem zermürenden Preiskampf in einem sonst schon harten globalen Wettbewerb.

Wie bereits im Vorjahresbericht erwähnt, blickt die LIHK mit Sorge auf die Zukunft des Landes. Gegeben durch die Finanzprobleme und die dadurch nötigen Anpassungen am Standort wie auch durch die wirtschaftliche Situation, wird sich die Einnahmenseite des Staates in den nächsten Jahren verkleinern. Wir sind der Meinung, dass alles Mögliche unternommen werden muss, um in Zukunft ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Unserer Ansicht nach ist eine schnellstmögliche Reduzierung der Staatsausgaben nötig und unabdingbar. Es muss das gemeinsame Interesse und die Anstrengung aller Verantwortlichen im Land sein, das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts dauerhaft zu erreichen. Alle Mitgliedsunternehmen der LIHK haben ein berechtigtes Interesse daran, dass die günstigen steuerlichen Rahmenbedingungen in Liechtenstein erhalten bleiben. Ansonsten würde die Attraktivität von Liechtenstein als Unternehmens-Standort in Frage gestellt. "

Treuhändervereinigung

"Unter konjunkturellen Aspekten ist zwar zurzeit mit einem leichten Wachstum zu rechnen, wesentlich mehr ins Gewicht fallen werden in naher Zukunft jedoch die strukturellen Rahmenbedingungen. Hier ist mit einem Rückgang im bisherigen Intermediärgeschäft zu rechnen, die nur zu einem kleineren Teil mit den bisherigen Massnahmen und Anstrengungen aufgefangen werden können. Wie gross diese Einbrüche sein werden, hängt neben der weiteren Ausgestaltung der Rahmenbedingungen auch stark von der Wahrnehmung der Kunden ab. Eine Prognose abzugeben, ist naturgemäss sehr schwierig. Ein Rückgang des Gesamt-

geschäfts erscheint aber nach dem bisher Erreichten mittelfristig nur schwer vermeidbar. Es wäre auch in der internen Kommunikation der Regierung und der Liechtensteinischen Medien wichtig, unnötige Seitenhiebe auf die Branche zu vermeiden. Die Branche ist, wie wir auch dank Studien wissen (siehe Prof. Kolmar), ein wesentlicher Pfeiler der Liechtensteinischen Volkswirtschaft. Es werden, entgegen anderslautenden Behauptungen, grosse Anpassungsbemühungen gemacht, und diese sollten honoriert werden und die Branche Gehör bekommen. Der Bereich „asset protection“ ist der Kern, und hier sollte ein Entgegenkommen für die Wünsche der Branche bestehen, insbesondere im Bereich des Stiftungsrechts.

Aufgrund des massiv gestiegenen Personalaufwands ist die Beschäftigungsentwicklung trotz rückläufiger Zahlen zurzeit relativ stabil. Auf mittlere Frist ist aber mit einem Abbau der Beschäftigtenzahlen insbesondere im Intermediärgeschäft zu rechnen. Ungewiss ist, inwieweit in Zukunft vermehrt Arbeitsplätze ins Ausland wandern.

Aufgrund des massiv gestiegenen und weiter steigenden Aufwands ist mit tieferen Erträgen zu rechnen. Die Umsatzzahlen werden über die nächsten Jahre voraussichtlich sinken, ein zweistelliger Prozentbereich ist nicht ausgeschlossen."

Rechtsanwaltskammer

"Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass weiterhin mehr Gesellschaften gelöscht als gegründet werden, was Auswirkungen auf die direkten Steuereinnahmen aber auch auf die verschiedenen Honorare und damit Mehrwertsteuer haben wird. Das genaue Ausmass ist immer noch schwierig abzuschätzen. Wir gehen jedoch davon aus, dass in den nächsten zwei Jahren nach den schon erfolgten Löschungen nochmals 10 % abwandern werden. Vermutlich wird sich aber ein Teil auch bloss umstrukturieren. Die Industrie dürfte vom international spürbaren und von Deutschland speziell getriebenen Aufschwung profitieren. Nach-

dem bei uns im Land vor allem Zuliefer- und Exportindustrie domiziliert ist, hängt diese von den entsprechenden Hauptproduzenten ab und das Währungsumfeld (Euro/CHF) wird ebenfalls seinen Einfluss haben. Derzeit ist der Euro eher schwach, was nicht hilfreich ist. Dennoch sind wir hier optimistisch. Bei den Treuhändern wird sich die Konsolidierung fortsetzen. Man wird vermehrt vom reinen Massengeschäft auf ein intensiveres Beratungsgeschäft wechseln. Dies bedeutet, dass einige Treuhandbüros ihre Tore werden schliessen müssen. Diejenigen die überleben, werden weiterhin genug Arbeit haben, aber spürbar geringeren Ertrag erzielen. Dies wird insbesondere auch Auswirkungen auf die Banken und Vermögensverwalter haben, weil das Ganze auch zum Abzug oder zumindest zur Stagnation von Assets under Management führen wird. Die Konsequenzen aus dem vorher Gesagten sind offensichtlich: Die Staatseinnahmen werden massiv unter Druck kommen und hier wird sich in den nächsten Jahren die Realität zeigen, nachdem wir in diesem Jahr noch von einer gewissen Zeitverschiebung – nachträgliche Steuerveranlagung – profitiert haben. Die Regierung und der Landtag haben im Juni ein entsprechendes Sanierungspaket geschnürt. Es wird nun aber die Umsetzung und die laufende Anpassungen an die neuen Entwicklungen benötigen. Dies wird kein einfacher Prozess sein und manche Entscheidung benötigen, die nicht bei allen auf offene Ohren stossen wird.

Schon in den letzten Jahren ist es für neue Rechtsanwaltskanzleien und auch für Einzelkämpfer immer schwieriger geworden, richtig Fuss zu fassen. Es scheint, dass der Markt für Rechtstreitigkeiten vor den Gerichten enger geworden ist. Selbstverständlich wird immer gestritten werden, aber es wird für Neueinsteiger immer schwieriger, am "Gerichtsmarkt" zu partizipieren. Kunden und vor allem wohlhabende Kunden möchten gerade in schwierigeren Phasen erfahrene Rechtsanwälte und erfahrene Kanzleien beiziehen. Gleichzeitig wird der Rechtsanwaltsstand wohl davon profitieren, dass schwierigere Zeiten einen erhöhten Beratungsaufwand mit sich bringen. Somit dürfte für die nächsten Jahre eine

gute Auslastung der arrivierten Kanzleien gewährleistet sein. Schwieriger ist die Situation hinsichtlich der Anstellung von Konzipienten. Es können sich hier in Zukunft durchaus Engpässe ergeben. Dies ist insbesondere deswegen nicht gänzlich unkritisch, weil ja die Praxis bei einem Liechtensteiner Rechtsanwalt oder einer liechtensteinischen Rechtsanwältin Voraussetzung dafür ist, dass jemand selber Rechtsanwalt werden kann. Ähnlich wie generell im Finanzdienstleistungs- und Dienstleistungsbereich wird auch ein gewisser Druck auf die "Assistenzstellen" kommen. Hierunter sind alle zudienenden und vorbereitenden Arbeiten wie Sekretariat, Assistenz, Sachbearbeitung und Buchhaltung gegeben. Wenn das sogenannte Massengeschäft im Finanzdienstleistungs- und Dienstleistungsbereich nachlässt und weniger repetitive Arbeiten aufkommen, könnte es hier zur Reduktion kommen.

Wie schon in der vorhergehenden Frage ausgeführt, dürfte für die nächsten zwei, drei Jahre eher eine Seitwärtsbewegung stattfinden. Danach wird es sehr darauf ankommen, ob Liechtenstein Modelle für die Strukturierung, den Schutz und die Verwaltung von Vermögen anbieten kann, die international akzeptiert sind und einen Mehrwert für die Kunden bringen. Es ist zu früh, jetzt schon hierüber Auskunft zu geben. "

Wirtschaftskammer

Von Seiten der Liechtensteinischen Wirtschaftskammer sind individuelle Rückmeldungen aus der Sektion Informatik, dem Verband Liechtensteiner Buchhalter, dem Maler Verband Liechtenstein und dem Verband Liechtensteiner Personaldienstleister eingegangen. Analog dem Liechtensteinischen Bankenverband werden jedoch die zur Verfügung gestellten Angaben des Verbandes Liechtensteiner Personaldienstleister auf Wunsch des Verfassers an dieser Stelle nicht dargelegt. Die wichtigsten Aussagen der übrigen Bereiche werden im Folgenden sinngemäss zusammengefasst.

Die Sektion Informatik geht von einer positiven konjunkturellen Entwicklung im Land aus. Je nach Kundensegment der Informatikbetriebe müsse die Auswirkungen der Rahmenbedingungen auf die einzelnen Betriebe allerdings individuell betrachtet werden. Die gesetzlichen Grundlagen haben indirekt insofern einen Einfluss auf die Informatikbranche, als diese die künftige Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige – vor allem in den Bereichen Industrie und Finanzdienstleistungen – und somit auch deren Investitionsbereitschaft in Informatikprodukte und -dienstleistung stark beeinflussen. Der Verband geht allerdings davon aus, dass sich die Beschäftigung bei einer Erholung der gesamten Wirtschaft positiv entwickelt und leicht ansteigt. Dabei bestehe vor allem im Bereich von Fachkräften noch Nachholbedarf. Die Umsatzerwartungen werden aufgrund der in der Wirtschaft fest verankerten EDV Technologie weiterhin als stabil beurteilt, wenn nicht sogar leicht zunehmend. Die Ertragschancen im Handel mit Hardware seien jedoch weiterhin rückläufig, allerdings könne im Beratungs- und Dienstleistungssektor nach wie vor mit einer Ertragssteigerung gerechnet werden.

Der Verband Liechtensteiner Buchhalter weist im Bezug auf die Auswirkungen der Rahmenbedingungen daraufhin, dass die Arbeit in ihrer Branche aufgrund der vermehrt im EU-Raum abgewickelten Geschäfte immer aufwändiger und komplizierter werde. Basierend auf dem prognostizierten Branchenwachstum werde auch die Beschäftigungszahl zunehmen. Trotz steigender Umsätze wird allerdings von konstanten Erträgen ausgegangen.

Der Maler Verband Liechtenstein führt aus, dass die Malerbranche aufgrund der starken Ortsgebundenheit von der konjunkturellen Entwicklung Liechtensteins und der gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig sei. Grosse Unzufriedenheit herrscht vor allem im Bereich der Erschliessung der Märkte benachbarter Staaten. Die Arbeit in der Schweiz sei aufgrund des Entsendegesetzes stark eingeschränkt worden und auch die Ausweitung des Einzugsgebietes nach Österreich sei preislich und markttechnisch problematisch. Da die Konkurrenz auf dem he-

mischen Markt bereits recht gross ist, werden keine grossen Wachstumschancen eingeräumt, was sich negativ auf die längerfristige Beschäftigung auswirken könnte. Ausserdem bringe der Konkurrenzkampf enorm tiefe Preise mit sich, welche teilweise kaum tragbar seien. Es wird der Wunsch geäussert, dass von Seiten des Staates und der Gemeinden vermehrt auf die Qualität der Arbeiten und die Ausbildung von Lehrlingen geachtet werden soll und nicht nur auf den Preis.

4.2 Prämissen

Die im vorangehenden Kapitel dargelegten Einschätzungen der Branchenverbände wurden von der Steuerverwaltung bei der Prognose der Steuererträge des Planungszeitraums neben eigenen Erkenntnissen mitberücksichtigt. Vor dem Hintergrund der Totalrevision des Steuergesetzes ist vor allem die Einschätzung der Erträge des Staatshaushaltes auf die kommenden fünf Jahre mit Unsicherheiten behaftet, wobei für die Finanzplanjahre 2012 bis 2015, basierend auf dem Budget 2011, folgende Prämissen für die wichtigsten **Ertragspositionen** unterlegt werden:

- Vermögens- und Erwerbssteuer: 2012 -8 % (-10 % gemäss Totalrevision des Steuergesetzes, Wachstum +2 %), 2013-2015 jährlich +2 %;
- Kapital- und Ertragssteuer: 2012 +5.9 %, 2013 +7.5 %, 2014 +6.1 %, 2015 +5.9 %; Einschätzung Branchenentwicklungen zw. +1 % bis +4 %, Wechsel Sitzgesellschaften zu ord. Besteuerung 1'000 pro Jahr zu CHF 5'000 gemäss Bericht und Antrag Nr. 48/2010;
- Mindestertragsbesteuerung PVS/Besondere Gesellschaftssteuer: jährliche Nettoveränderung Gründungen/Löschungen 2012 -5'000, 2013 -4'000, 2014 -3'000, 2015 -2'000;

- Couponsteuer: 2012 CHF 56 Mio., 2013-2015 je CHF 2 Mio.;
- Stempelabgaben: +2 % jährlich;
- Mehrwertsteuer: 2012 +4.0 %, 2013-2015 +3.0 %;
- Keine Veränderung der Dividende der LLB AG im Planungszeitraum;
- Poolanlagen: Volumenadjustierungen im Ausmass der prognostizierten Finanzierungsfehlbeträge;

Im Bereich der **Aufwendungen** werden die von der Regierung definierten Zieleinsparungen in den einzelnen Aufwandskategorien gemäss dem Sanierungsprojekt berücksichtigt, wobei für die wichtigsten Positionen folgende Prämissen unterlegt wurden:

- **Personalaufwand:** Lohnanpassungen (Teuerung/Leistungsanteile) jährlich \emptyset +1.0 %, Altersanpassungen und Systemanpassung je +0.25 %, stufenweise Reduktion des Personalaufwands um CHF -15 Mio. bis 2015 gemäss Sanierungsprojekt;
- **Sachaufwand:** stufenweise Reduktion des Sachaufwands um CHF -15 Mio. bis 2015 gemäss Sanierungsprojekt;
- **AHV-Staatsbeitrag:** Rentenzuwachs inkl. Rentenvorbezug 2012 +5.0 %, 2013-2015 +5.2 %, Teuerungsanpassung im 2013, ab 2015 fixer Staatsbeitrag von CHF 50 Mio.;
- **IV-Staatsbeitrag:** Rentenwachstum 2012 +5.0 %, 2013 +2.9%, 2014 +3.1%, 2015 +3.3%, Teuerungsanpassung im 2013 und 2015; Baukostenbeiträge 2012 CHF 1.27 Mio.;
- **Krankenversicherungsbereich:** lineare Reduktion des Staatsbeitrags gemäss Vorschlag der Regierung im Rahmen des Sanierungsprojektes, Prämienverbilligung jährlich CHF +0.7 Mio.;

- **Staatsbeitrag Nichtberufsunfallversicherung:** Abschaffung auf 1.1.2012 gemäss Vernehmlassungsbericht der Regierung;
- **Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung:** Reduktion der Beiträge gemäss Vorschlag der Regierung im Rahmen des Sanierungsprojektes;
- **Staatsbeitrag FMA:** stufenweise Reduktion gemäss Art. 29 Abs. 1 des Finanzmarktaufsichtsgesetzes bis CHF 8 Mio. ab 2013;
- **Übrige Beitragsleistungen:** stufenweise Reduktion der übrigen Beiträge um CHF -21 Mio. bis 2015 gemäss Sanierungsprojekt;
- **Finanzzuweisungen an die Gemeinden:** Reduktion gemäss der im Vernehmlassungsbericht dargelegten Massnahmen;

Der **Aktienverkauf** aus der Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank AG im Jahr 2006 wird im Folgenden in der Darstellung des Resultats der Laufenden Rechnung in der Vorjahresperiode aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

In den nachfolgenden Kapiteln zeigt die Regierung auf, wie sich der laufende Haushalt, der Investitionshaushalt und die Vermögenssituation des Landes unter Zugrundelegung der oben angeführten Prämissen entwickeln würden. Es wird deshalb nur noch sehr kurz auf die Veränderungen in den einzelnen Jahren eingegangen.

Im Gegensatz zum Budgetbericht wird in der Finanzplanung für das laufende Jahr nicht generell der Budgetwert, sondern derjenige der Mutmasslichen Rechnung verwendet, da nicht nur die Entwicklung in der Zukunft, sondern auch eine Zeitreihe von Vergangenheitswerten dargestellt wird. V.a. für die Berechnung von Bestandesgrössen der Vermögensrechnung würde die Verwendung von Budget-

zahlen, sofern sie deutlich von der Mutmasslichen Rechnung abweichen, die Ergebnisse verfälschen.

5. ENTWICKLUNG DES LAUFENDEN HAUSHALTS

5.1 Laufende Erträge

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Steuern, Abgaben	687	765	814	728	693	666	671	630	645	660
Vermögenserträge	14	79	68	78	83	65	65	65	65	65
Entgelte, Verkaufserlöse	37	40	41	43	41	39	39	41	41	41
Rückerstattungen	19	20	20	23	28	27	28	28	29	29
Entnahmen	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Erträge ordentliche Staatstätigkeit	757	904	943	872	845	797	803	765	780	797
Ertrag Poolanlagen	84	88	160	248	56	46	46	45	44	43
Total liquiditätswirksamer Ertrag	841	992	1'103	1'120	901	843	849	810	823	840
<i>Veränderung</i>										
a) nur ordentliche Staatstätigkeit										
- in Mio.	-20.2	+146.5	+38.9	-71.0	-27.4	-47.5	+5.8	-38.2	+15.0	+17.2
- in %	-2.6%	+19.3%	+4.3%	-7.5%	-3.1%	-5.6%	+0.7%	-4.8%	+2.0%	+2.2%
b) Total Erträge										
- in Mio.	-17.0	+151.4	+110.7	+16.6	-219.2	-57.5	+6.0	-39.4	+13.5	+16.6
- in %	-2.0%	+18.0%	+11.2%	+1.5%	-19.6%	-6.4%	+0.7%	-4.6%	+1.7%	+2.0%

Nach dem Rekordjahr 2008 mit laufenden Erträge aus der ordentlichen Staatstätigkeit von CHF 943 Mio., reduzieren sich die Erträge in Folge deutlich. Für das kommende Jahr wird noch mit einem Volumen von CHF 797 Mio. gerechnet, was im Vergleich zum Jahr 2008 einem Rückgang von -15 % entspricht. Unter den in Kapitel 4.2 aufgezeigten Prämissen zeigt sich in den Folgejahren keine Entspannung. Bei konformer Entwicklung erreichen die laufenden Erträge aus der ordentlichen Staatstätigkeit bis zum Jahr 2015 gerade das Volumen des Budgets 2011 und bleiben deutlich hinter der Ergebnissen der Jahre 2007 bis 2010 zurück.

Die laufenden Erträge hängen dabei vor allem von der Entwicklung der Steuern und Abgaben ab, welche diese mit einem Anteil von über 80 % dominieren. Dabei fällt der deutliche Rückgang im Jahr 2013 auf, welcher auf das Ende der Übergangslösung für die Couponsteuer, welche während der ersten zwei Jahre nach Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes eine begünstigte Besteuerung der Altreserven zu 2 % vorsieht, zurückzuführen ist. Mit dem prognostizierten Wachstum bei den weiteren Steuerarten kann dieser Rückgang um CHF -54 Mio. bis ins Jahr 2015 nicht ganz wettgemacht werden, so dass die Steuern und Abgaben mit einem Volumen von CHF 660 Mio. sogar leicht unter dem Voranschlag 2011 liegen.

Im Bereich der Vermögenserträge (ohne Poolanlagen) wird für die Finanzplanperiode von stabilen Erträgen ausgegangen. Dominiert werden die Vermögenserträge dabei von der Dividende aus der Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank AG, welche einen Anteil von rund 89 % einnimmt. Die niedrigen Erträge im Jahr 2006 ergeben sich aus der Umstellung der Verbuchungspraxis der Dividendenerträge aus den Beteiligungen an der Liechtensteinischen Landesbank AG und der Liechtensteinischen Post AG, womit die Vermögenserträge einmalig belastet wurden.

Die Erträge aus den Poolanlagen reduzieren sich ausgehend vom Budget 2011 in den Folgejahren durchschnittlich um -1.7 %. Die Berechnung der Erträge aus den Poolanlagen richtet sich dabei nach den Volumenadjustierungen im Ausmass der prognostizierten Finanzierungsfehlbeträge.

5.2 Laufende Aufwendungen

Mit der Realisierung entsprechender Massnahmen aus dem Sanierungsprojekt „ausgewogen2015“ reduzieren sich die laufenden Aufwendungen aus der ordentlichen Staatstätigkeit in der Finanzplanungsperiode um durchschnittliche

-2.5 % und erreichen 2015 ein Volumen, welches unter demjenigen der Rechnung 2008 liegt. Im Vorjahreszeitraum 2006 bis 2010 musste hingegen ein jährliches durchschnittliches Wachstum von +5.2 % verzeichnet werden. Unter Berücksichtigung der Verschiebung der Gehaltsaufwendungen für Primarlehrkräfte und Kindergärtnerinnen von den Beiträgen zum Personalaufwand (2007) verzeichnen die laufenden Beiträge im Zeitraum 2006 bis 2010 das mit Abstand grösste absolute Wachstum von CHF +99 Mio. Es folgen der Personalaufwand mit einer Zunahme um CHF +48 Mio., der Sachaufwand mit CHF +29 Mio. sowie die Finanzzuweisungen mit CHF +6 Mio.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Personalaufwand	147	188	196	212	224	228	231	232	231	228
Sachaufwand	76	85	98	104	105	105	103	95	93	90
Laufende Beiträge	348	324	351	383	418	421	404	395	380	355
Finanzzuweisungen	156	176	171	162	162	160	135	135	127	128
Zinsen / Fremdwährungsdiff. / Einlagen	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1
Abschreibungen Finanzvermögen	1	1	3	2	1	1	1	1	1	1
Total ordentliche Staatstätigkeit	729	774	820	864	910	915	874	859	832	802
Aufwand Poolanlagen	43	79	338	123	6	6	6	5	5	5
Total liquiditätswirksamer Aufwand	772	853	1'158	987	916	920	880	864	838	807
<i>Veränderung</i>										
a) nur ordentliche Staatstätigkeit										
- in Mio.	+22.3	+44.7	+46.6	+43.5	+46.1	+4.6	-40.3	-15.3	-26.7	-30.1
- in %	+3.2%	+6.1%	+6.0%	+5.3%	+5.3%	+0.5%	-4.4%	-1.7%	-3.1%	-3.6%
b) ohne Finanzzuweisungen										
- in Mio.	+8.8	+24.7	+51.0	+52.5	+46.7	+6.3	-15.3	-15.5	-18.2	-31.6
- in %	+1.5%	+4.3%	+8.5%	+8.1%	+6.7%	+0.8%	-2.0%	-2.1%	-2.5%	-4.5%

Der **Personalaufwand** erhöhte sich im Jahr 2007 aufgrund der Verschiebung der Gehaltsaufwendungen für Primarlehrkräfte und Kindergärtnerinnen aus den laufenden Beiträgen ausserordentlich. Ohne Berücksichtigung dieses Effekts wurde für den Personalaufwand in der Vorjahresperiode ein jährliches Wachstum von durchschnittlich +4.7 % verzeichnet. Für die Planperiode wird unter den vorgegenommenen Prämissen damit gerechnet, dass der Personalbestand bis zum Jahr

2015 auf dem Niveau des Budgets 2011 stabilisiert werden kann. Der Finanzplan sieht dabei jährliche Mittel für Lohnanpassungen (Teuerung/Leistungsanteile) von +1.0 % vor. Weitere Erhöhungen ergeben sich im Rahmen der gesetzlich bestimmten Altersanpassungen sowie der ebenfalls gesetzlich vorgesehenen Systemanpassungen, welche jeweils mit je +0.25 % berücksichtigt werden. Im Gegenzug dazu sollen die zu realisierenden Massnahmen im Rahmen des Sanierungsprojektes vor allem in den beiden letzten Jahren der Finanzplanperiode greifen und über die Planungsperiode zu einer stufenweisen Entlastung von CHF -15 Mio. führen. Die aufgeführten Gehaltsanpassungen in Höhe von +1.5 % führen dabei zu einer jährlichen Erhöhung des Personalaufwand um CHF +3.1 Mio. bis CHF +3.3 Mio., womit die angestrebte Reduktion um CHF -15 Mio. bis ins Jahr 2015 kompensiert wird und sich der Personalaufwand 2015 auf dem Niveau des Budget 2011 bewegt.

Die **Sachaufwendungen** verzeichneten in der Vorjahresperiode ein durchschnittliches jährliches Wachstum um +7.4 %. Dabei sind es vor allem Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb und dem Unterhalt der staatlichen Infrastrukturen, welche deutlich zunahmten. Für die Finanzplanperiode wird gemäss den in Kapitel 4.2 erläuterten Prämissen eine stufenweise Reduktion um CHF -15 Mio. bis ins Jahr 2015 angestrebt. Durch die Dominanz der Aufwendungen für den Betrieb und den Unterhalt der staatlichen Infrastrukturen geht es im Rahmen des Sanierungsprojektes vor allem darum, den Sachaufwand nachhaltig zu entlasten, ohne kurzfristig den Werterhalt der Infrastrukturen zu vernachlässigen.

Die laufenden **Beitragsleistungen** entwickelten sich im Vorjahreszeitraum unter Berücksichtigung der Verschiebung der Lehrergehälter im Jahr 2007 mit einem durchschnittlichen Wachstum von +6.1 %. Für die Finanzplanperiode wird unter den dargestellten Prämissen mit einer mittleren Reduktion von -3.2 % gerechnet.

Absolut betrachtet nehmen die Beitragsleistungen im Planungszeitraum im Vergleich zur Mutmasslichen Rechnung 2010 um CHF -63 Mio. ab.

Die **Finanzzuweisungen** erhöhten sich in der Vorjahresperiode um rund CHF +6 Mio. oder jährlich um +2.6 %, wobei sich der Finanzausgleich bis zum Jahr 2007 nach den Steuererträgen richtete. Mit der Reform des Finanzausgleichssystems zwischen Land und Gemeinden basiert der Finanzausgleich seit 2008 nicht mehr auf den Einnahmen, sondern auf dem Finanzbedarf der Gemeinden. Die Finanzplanung 2012 bis 2015 bildet die Entwicklung nach dem im Vernehmlassungsbericht der Regierung zur Anpassung des Finanzzuweisungssystems im Rahmen des Sanierungsprojekt vorgeschlagenen Massnahmen ab.

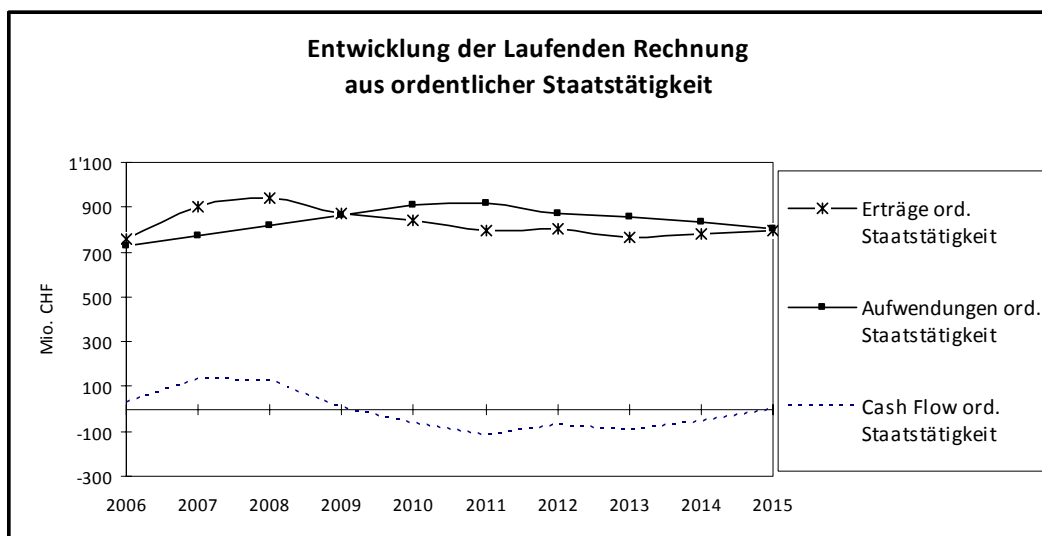
5.3 Zusammenfassung des Laufenden Haushalts

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der unter den aufgeführten Prämissen entstehenden Resultate der Laufenden Rechnung.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge ord. Staatstätigkeit	757	904	943	872	845	797	803	765	780	797
Aufwendungen ord. Staatstätigkeit	729	774	820	864	910	915	874	859	832	802
Cash Flow ord. Staatstätigkeit	28	130	122	8	-65	-118	-71	-94	-53	-5
Finanzergebnis	40	9	-178	124	50	40	41	40	38	38
Cash Flow der Laufenden Rechnung	69	139	-55	132	-15	-77	-31	-55	-14	32
Abschreibungen VV	67	70	71	73	80	58	49	44	44	43
Ertrags-/Aufwandüberschuss	2	70	-127	59	-95	-136	-80	-99	-59	-11
Aufwendungen in % der Erträge	96%	86%	87%	99%	108%	115%	109%	112%	107%	101%

Die Finanzplanung 2011 bis 2015 zeigt deutlich auf, dass bei planungskonformer Entwicklung der laufenden Erträge der Staatshaushalt ohne massive Korrekturen auf der Aufwandseite nicht wieder ins Lot gebracht werden kann. Unter den gesetzten Prämissen und der Berücksichtigung des prognostizierten Finanzergeb-

nisses kann erstmals wieder im Jahr 2015 ein positiver Cash Flow erwirtschaftet werden. Die Aufwandüberschuss kann mit der Realisierung der entsprechenden Massnahmen von CHF 136 Mio. im Budget 2011 auf CHF 11 Mio. im Jahr 2015 verringert werden. Ging die letztjährige Finanzplanung noch von kumulierten Aufwandüberschüssen in Höhe von CHF 698 Mio. aus, ergibt sich für die Finanzplanungsperiode 2011 bis 2015 ein solcher von CHF 385 Mio.



Die mehrjährige graphische Darstellung der Entwicklung der Laufenden Rechnung aus der ordentlichen Staatstätigkeit verdeutlicht, dass der Einbruch und die anschliessende Stabilisierung der laufenden Erträge seit dem Rekordjahr 2008 nur mittels Gegenmassnahmen auf der Aufwandseite aufgefangen werden kann. Mit den erläuterten Prämissen und dem von der Regierung entwickelten Massnahmenpaket kann die Annäherung der laufenden Aufwendungen und Erträge über die Finanzplanungsperiode erreicht werden.

6. ENTWICKLUNG DES INVESTITIONSHAUSHALTS

6.1 Allgemeines

Die Investitionsrechnung enthält die Ausgaben für die Schaffung von Vermögenswerten, welche eine qualitativ oder quantitativ verbesserte Nutzung für Öffentlichkeit oder Verwaltung ermöglichen. Für die Finanzierung dieser Ausgaben stehen die investiven Einnahmen sowie bei positiver Entwicklung die Cash Flows der Laufenden Rechnung zur Verfügung, wobei dies erstmals im Jahr 2015 wieder der Fall wäre.

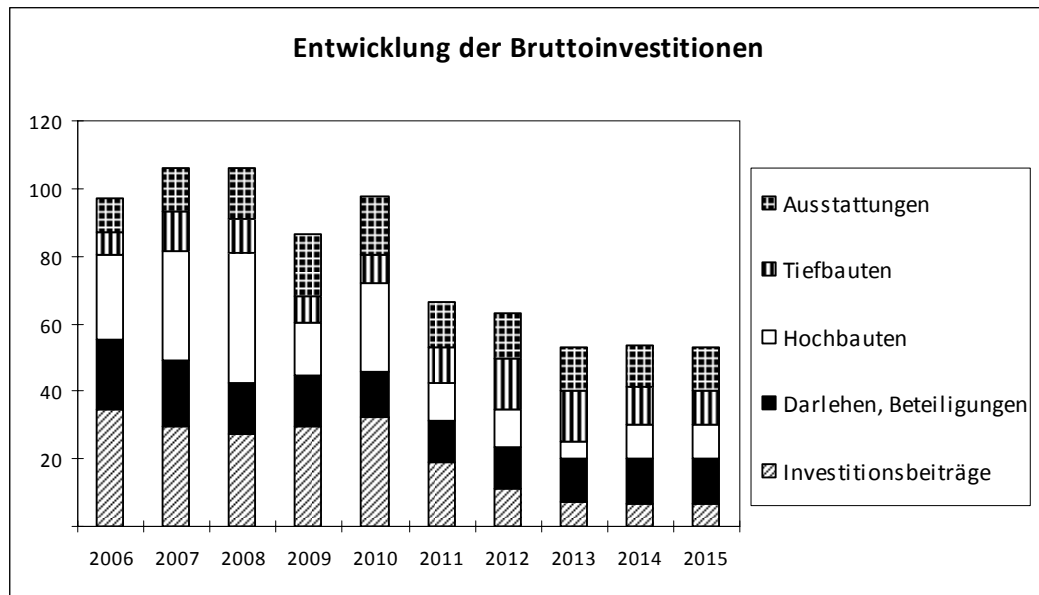
6.2 Nettoinvestitionen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Grundstücke	0	0	4	1	20	1	0	0	0	0
Hochbauten	25	33	39	16	26	11	11	5	10	10
Tiefbauten	7	11	10	8	9	11	15	15	11	10
Ausstattungen	10	13	15	18	17	13	13	13	12	13
Darlehen, Beteiligungen	20	19	15	15	13	12	12	13	13	13
Investitionsbeiträge	35	30	27	30	33	19	11	7	7	7
<i>Bruttoinvestitionen</i>	<i>97</i>	<i>106</i>	<i>110</i>	<i>88</i>	<i>117</i>	<i>68</i>	<i>63</i>	<i>53</i>	<i>54</i>	<i>53</i>
Einnahmen	16	18	37	18	17	16	16	15	15	15
Nettoinvestitionen	81	88	73	69	101	52	48	38	39	38
Veränderung:										
- in Mio.	-4.4	+7.1	-15.6	-3.4	+31.3	-48.4	-4.7	-9.3	+0.5	-0.6
- in %	-5.2%	+8.7%	-17.6%	-4.7%	+45.2%	-48.1%	-9.0%	-19.7%	+1.3%	-1.7%
Investitionsquote	10%	10%	8%	7%	10%	5%	5%	4%	4%	4%

Die durchschnittlichen Bruttoinvestitionen liegen im Planungszeitraum bei CHF 58 Mio. und erreichen einen kumulierten Wert von CHF 292 Mio. Dabei stellen die Darlehen und die Investitionen in Ausstattungen mit einem Anteil von je 30 % an den Nettoinvestitionen die ausgabenstärksten Kategorien dar. Für die

Wohnbauförderungs-, Studien- und Landwirtschaftsdarlehen wird über die Planungsperiode mit jährlichen Ausgaben von durchschnittlich CHF 13 Mio. gerechnet. Im Bereich der Ausstattungen werden ebenfalls kumulierte Investitionen in Höhe von CHF 64 Mio. vorgesehen, wobei die investiven Ausgaben in die Informationstechnologie einen Anteil von rund 73 % daran einnehmen. Es folgen die Investitionen in den Tiefbau mit einem kumulierten Volumen von CHF 62 Mio., womit diese einen Anteil von rund 29 % an den Nettoinvestitionen ausmachen. Dabei ist es vor allem die Realisierung des Industriebauwerks Schaan, welcher in den Jahren 2011 bis 2013 zu höheren Tiefbauinvestitionen führt. Die Investitionsbeiträge, welche in der Vorjahresperiode mit einem Volumen von CHF 154 Mio. und einem Anteil von über 30 % noch die grösste Investitionskategorie darstellten, reduzieren sich deutlich. Grund für diese Reduktion ist das Ende der mit der Reform des Finanzausweisungssystems beschlossenen Übergangsbestimmungen für die Subventionen an Grossprojekte der Gemeinden im laufenden Jahr. Für den staatlichen Hochbau wird nach der Fertigstellung des Archiv- und Verwaltungsgebäudes sowie des Busbahnhofes mit einem geringeren Investitionsvolumen gerechnet. Für die Finanzplanungsperiode wird von einem durchschnittlichen Hochbauinvestitionsvolumen von rund CHF 10 Mio. ausgegangen, wogegen dieses in der Vorperiode noch CHF 28 Mio. betrug.

Unter Berücksichtigung der investiven Einnahmen im Umfang von CHF 77 Mio. ergibt sich für die Planungsperiode ein Nettoinvestitionsvolumen von CHF 215 Mio. oder durchschnittlichen CHF 43 Mio.



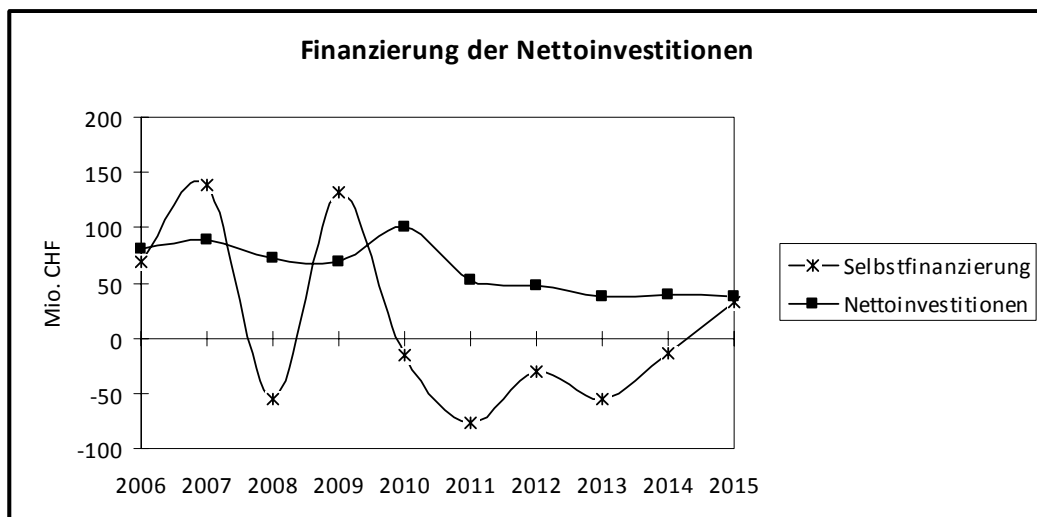
Auch die graphische Darstellung der Entwicklung der Bruttoinvestitionen zeigt die deutliche Entlastung, welche ab 2011 erwartet wird.

6.3 Finanzierung der Nettoinvestitionen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Nettoinvestitionen	81	88	73	69	101	52	48	38	39	38
Selbstfinanzierung	69	139	-55	132	-15	-77	-31	-55	-14	32
Finanzierungsfehlbetrag	13		128		116	130	78	93	53	6
Finanzierungsüberschuss		51		63						
Selbstfinanzierungsgrad										
- aus ord. Staatstätigkeit	35%	147%	168%	12%	-65%	-225%	-150%	-247%	-136%	-14%
- insgesamt	84%	158%	-76%	191%	-15%	-148%	-65%	-144%	-37%	85%

Nach einer volatilen Vorjahresperiode mit Finanzierungsfehlbeträgen in den Jahren 2006 und 2008 und –überschüssen in den Jahren 2007 und 2009 wird für das laufende Jahr ein Finanzierungsfehlbetrag für die Gesamtrechnung von CHF 116 Mio. prognostiziert. Mit der Realisierung der Einsparziele gemäss dem Sanierungsprojekt „ausgewogen2015“ kann der Finanzierungsfehlbetrag in der

Finanzplanperiode von CHF 130 Mio. mit dem Budget 2011 bis auf CHF 6 Mio. im Jahr 2015 reduziert werden. Damit kann das Ziel einer ausgeglichenen Gesamtrechnung unter den gegebenen Prämissen noch nicht ganz erreicht werden. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass die – auf Grundlage der letztjährigen Finanzplanung – definierte Zieleinsparung von CHF 160 Mio. für das Sanierungsprojekt auf der Grundlage des alten Steuerrechts aufbaute und sich an der Zielsetzung der mittel- und langfristigen Aufkommensneutralität im Zuge der Totalrevision des Steuergesetzes orientierte. Mit der Festlegung der Mindestertragssteuer auf CHF 1'200 durch den Landtag konnte diese Zielsetzung nicht umgesetzt werden, womit die Sanierung des Staatshaushaltes zusätzlich erschwert wird. Aufgrund dessen und auf dem Hintergrund der erheblichen Unsicherheiten auf der Ertragsseite verzichtet die Regierung vorerst darauf das Sanierungsziel von CHF 160 Mio. auf der Aufwandseite kurzfristig zu erhöhen.



Die graphische Darstellung verdeutlicht, dass die Nettoinvestitionen sowie die negativen Cash Flows in den Jahren 2011 bis 2014 zu Lasten der Reserven finanziert werden müssen. Bei plankonformer Entwicklung kann für das Jahr 2015 mit einem positiven Cash Flow von CHF 32 Mio. hingegen wieder ein Selbstfinanzierungsgrad von 85 % erreicht werden.

7. ENTWICKLUNG DER VERMÖGENSRECHNUNG

Die Entwicklung der Vermögensrechnung hängt direkt mit der Struktur der Investitionsrechnung zusammen. Ein Finanzierungsfehlbetrag führt im Gegensatz zu einem Überschuss dazu, dass Finanzvermögen und Reserven abgebaut werden oder aber Fremdkapital aufgenommen werden muss. Die beiden Grössen sind somit nicht alleine für sich interessant, sondern ihre Differenz – der Deckungsüberschuss. Andererseits wird durch Investitionen in Sachanlagen, Darlehen, Beteiligungen, usw. Verwaltungsvermögen geschaffen, das zusammen mit dem Deckungsüberschuss (als Differenz von Finanzvermögen und Fremdkapital) das Eigenkapital des Staates bildet.

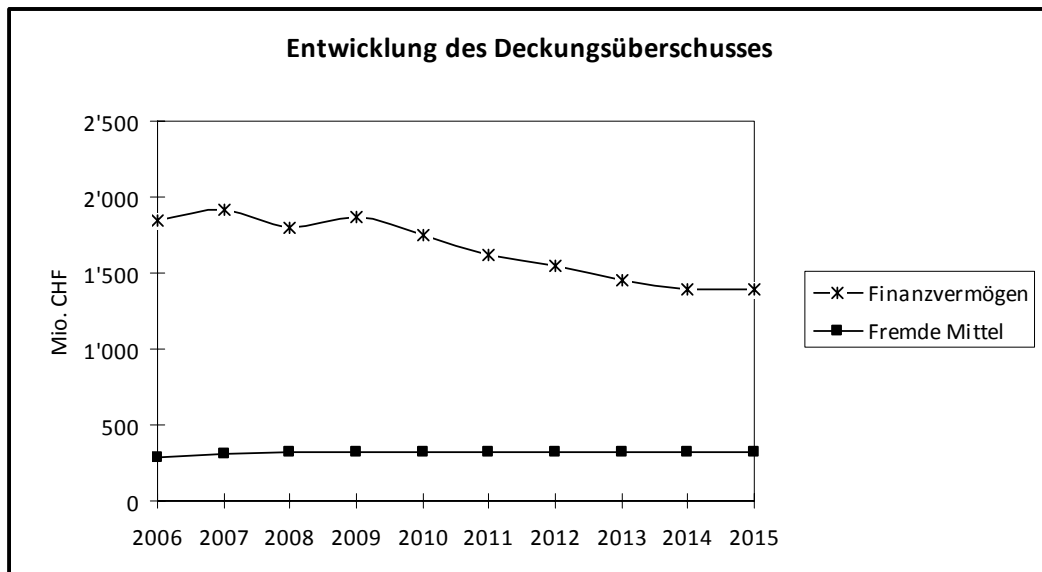
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Finanzvermögen	766	840	722	785	668	539	460	367	314	309
Verkauf LLB-Aktien	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081
Verwaltungsvermögen	531	545	546	542	563	557	556	550	544	539
Total Aktiven	2'378	2'466	2'349	2'408	2'313	2'177	2'097	1'998	1'940	1'929
./. Fremde Mittel	-292	-310	-319	-319	-319	-319	-319	-319	-319	-319
Eigenkapital	2'086	2'156	2'029	2'089	1'994	1'858	1'778	1'679	1'620	1'610
Veränderung:										
- in Mio.	+367.6	+69.5	-126.5	+59.2	-95.2	-135.8	-79.7	-99.1	-58.6	-10.5
- in %	+21%	+3%	-6%	+3%	-5%	-7%	-4%	-6%	-3%	-1%

Im Rahmen der prognostizierten Finanzierungsfehlbeträge in der Finanzplanperiode wird mit einer weiteren Reduktion des Eigenkapitals gerechnet. Unter Berücksichtigung der Mutmasslichen Rechnung 2010 ergibt sich für das laufende Jahr ein Eigenkapital von knapp CHF 2.0 Mrd., welches bis Ende 2015 um 19 % zurückgeht. Unter der Prämisse, dass die Finanzierungsfehlbeträge vollständig über die eigenen Mittel abgedeckt werden, reduziert sich das Finanzvermögen in der Finanzplanperiode um den prognostizierten kumulierten Finanzierungsfehlbetrag von rund CHF 360 Mio. Auf Ende der Planungsperiode ergibt sich bei

plankonformer Entwicklung damit noch ein Finanzvermögen von CHF 1'390 Mio. Mit kumulierten Nettoinvestitionen im Umfang von CHF 215 Mio. und Abschreibungen von CHF 239 Mio. geht das bilanzierte Verwaltungsvermögen in der Planungsperiode um CHF -24 Mio. zurück.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Finanzvermögen	766	840	722	785	668	539	460	367	314	309
Verkauf LLB-Aktien	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081	1'081
./.. Fremde Mittel	-292	-310	-319	-319	-319	-319	-319	-319	-319	-319
Deckungsüberschuss	1'555	1'611	1'483	1'546	1'430	1'301	1'222	1'129	1'076	1'070
Veränderung:										
- in Mio.	+353.1	+56.0	-128.0	+63.0	-116.1	-129.7	-78.3	-93.0	-53.1	-5.7
- in %	+29%	+4%	-8%	+4%	-8%	-9%	-6%	-8%	-5%	-1%
Deckungsgrad	634%	619%	564%	584%	548%	507%	483%	453%	437%	435%

Der Deckungsüberschuss widerspiegelt denjenigen Teil des staatlichen Eigenkapitals, der nicht in Verwaltungsvermögen angelegt ist und somit zur Finanzierung der Nettoinvestitionen resp. von Finanzierungsfehlbeträgen eingesetzt werden kann. Nachdem dieser im Jahr 2006 aufgrund des Verkaufs von Aktienanteilen an der Liechtensteinischen Landesbank AG deutlich angehoben werden konnte, ergibt sich die weitere Veränderung im Ausmass der prognostizierten Finanzierungsfehlbeträge. Der Deckungsgrad der Fremden Mittel beträgt am Ende der Periode damit noch 435 %. Wie die nachfolgende Grafik zeigt, kann das negative Wachstum des Deckungsüberschusses mit der Realisierung der entsprechenden Einsparmassnahmen über den Planungszeitraum deutlich verlangsamt werden.



8. FINANZLEITBILD

Mit der Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes wird dem Finanzleitbild künftig eine stärkere Stellung eingeräumt. Dabei wird der Erfüllungsgrad der Eckwerte ab dem kommenden Jahr nicht mehr im Rahmen des jährlichen Voranschlags, sondern über eine längere Zeitperiode beurteilt. Nachdem die letztjährige Finanzplanung aufzeigte, dass ohne entsprechende Gegenmassnahmen bis zum Ende der Finanzplanperiode kein Eckwert mehr eingehalten werden kann, hat die Regierung das Projekt „ausgewogen2015“ zur Sanierung des Staatshaushalts gestartet. Wie künftig aufgrund des neuen Finanzhaushaltsgesetzes gefordert, hat die Regierung dem Landtag mit dem Bericht und Antrag Nr. 73/2010 ein umfassendes Massnahmenpaket zur Sanierung des Staatshaushaltes vorgestellt. Unter Berücksichtigung der in Kapitel 4 gesetzten Prämissen entwickeln sich die Eckwerte des Finanzleitbildes wie folgt:

Zielgrössen	2011	2012	2013	2014	2015	Total
Finanzleitbild	2011	2012	2013	2014	2015	11 - 15
1) Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung						
Bedingung: Ertragsüberschuss > 0	-136	-80	-99	-59	-11	-384
erfüllt						
nicht erfüllt	x	x	x	x	x	x
2) Abs. Wachstum der lauf. Aufwendungen/Erträge						
Bedingung: abs. Veränderung der Aufwendungen < abs. Veränderung der Erträge						
abs. Veränderung Erträge	-58	+6	-39	+14	+17	-61
abs. Veränderung Aufwendungen	+5	-41	-15	-27	-30	-109
erfüllt		x		x	x	x
nicht erfüllt	x		x			
3) Selbstfinanzierungsgrad						
Bedingung: Selbstfinanzierungsgrad >=90%	-148%	-65%	-144%	-37%	85%	-68%
erfüllt						
nicht erfüllt	x	x	x	x	x	x
4) Deckungsgrad der Verbindlichkeiten						
Bedingung: Deckungsgrad >=420%	507%	483%	453%	437%	435%	Ø 463%
erfüllt	x	x	x	x	x	x
nicht erfüllt						
5) Reservenhöhe						
Bedingung: zwischen dem Ein- bis Dreifachen der laufenden Aufwendungen						Ø
Laufende Aufwendungen	920	880	864	838	807	862
Dreifache laufende Aufwendungen	2'761	2'639	2'593	2'513	2'422	2'586
Reservenhöhe	1'301	1'222	1'129	1'076	1'070	1'160
erfüllt	x	x	x	x	x	x
nicht erfüllt						

Die Darstellung zeigt auf, dass vor allem die Eckwerte 1 und 3 kurzfristig nicht erreicht werden können. Mit der Realisierung der entsprechenden Massnahmen erfolgt zum Ende der Finanzplanungsperiode jedoch wieder eine deutliche Annäherung. Mit der Einhaltung des Eckwertes 2, welcher ein grösseres Wachstum der laufenden Erträge im Vergleich zu den laufenden Aufwendungen fordert, verbessern sich auch die Eckwerte 1 und 3, so dass diese bei einer nachhaltigen Entlastung wieder erreicht werden können. Im Mehrjahresdurchschnitt werden

über die Finanzplanperiode hinweg mit der höheren absoluten Reduktion der laufenden Aufwendungen als diejenige der laufenden Erträge, dem Deckungsgrad der Verbindlichkeiten sowie der Reservenhöhe drei von fünf Anforderungen des Finanzleitbilds erfüllt. Obwohl die Eckwerte 1 und 3 noch nicht ganz erfüllt werden können, sieht die Regierung keinen Grund, die Zielsetzung des Sanierungsprojekts kurzfristig anzupassen. Gerade vor dem Hintergrund der grossen Unsicherheiten auf der Ertragsseite sowie der Abweichung des Landtags von der Regierungsvorlage bei der Festlegung der Mindestertragssteuer und der damit verbundenen Mindereinnahmen, legt die Regierung weiterhin höchste Priorität in die Umsetzung der ausgabenseitigen Sanierung des Staatshaushaltes. Sie wird den eingeschlagenen und vom Landtag bestätigten Weg weiterverfolgen und im Rahmen der künftigen Finanzplanungen wiederum entscheiden, ob zur Erreichung einer ausgeglichenen Rechnung weitere Sanierungsmassnahmen eingeleitet werden müssen.

9. SANIERUNG DES STAATSHAUSHALTES

Vor einem Jahr hat die Regierung im Rahmen des Finanzplanungsberichts aufgezeigt, wie sie inhaltlich und organisatorisch plant, die Sanierung des Landeshaushalts anzugehen. In der Zwischenzeit sind in allen Teilprojekten entsprechende Aktivitäten gestartet worden und stehen heute in unterschiedlichen Umsetzungsstadien. Im Nachfolgenden gibt die Regierung einen Überblick über den Stand und das weitere Vorgehen in den bekannten Teilprojekten.

9.1 Beitragsleistungen

Die Beitragsleistungen sollen einen Reduktionsbeitrag von CHF 80 Mio. leisten. Dies geht zum überwiegenden Teil zu Lasten der Hauptpositionen Krankenversi-

cherung, Alters- und Hinterlassenenversicherung, Nichtberufsunfallversicherung und Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZE).

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Die definierte Reduktion im IHZE-Bereich bedingt keine Gesetzesänderungen und kann über die Budgetierung, d.h. mittels Budgetgenehmigung durch den Landtag erreicht werden. Ein erster Reduktionsschritt ist entsprechend im Voranschlag 2011 enthalten. Die von der Regierung und vom Landtag bestätigten Budgetkürzungen betreffen grundsätzlich erst die Jahre 2011-2015. Das Ressort Äusseres plant jedoch, bereits im laufenden Jahr Mittel in der Höhe von gut CHF 0.8 Mio. einzusparen. Davon betroffen sind alle Bereiche der IHZE mit Ausnahme des LED. Es erscheint auch möglich, dieses Ziel zu erreichen. Keines der IHZE-Konten (mit Ausnahme des LED) wird Ende 2010 komplett ausgeschöpft sein.

Die Secondments beim UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), beim UNO-Büro zur Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) sowie beim UNO-Sondervertreter für intern Vertriebene laufen im zweiten Halbjahr 2010 aus und werden nicht mehr erneuert. Dadurch werden zukünftig jährlich rund CHF 0.5 Mio. eingespart.

Als Vorbereitung auf die anstehenden Kürzungen in den Jahren 2011-2015 werden zur Zeit die jeweiligen Strategien (Amt für Auswärtige Angelegenheiten, LED, Amt für Wald Natur und Landschaft, Ausländer- und Passamt) einer Überprüfung unterzogen. Dabei wird entschieden, welche Schwerpunkte weitergeführt werden bzw. in welchen Bereichen abgebaut wird. Partnerorganisationen werden bereits jetzt auf die geplanten Beitragskürzungen oder –streichungen hingewiesen.

Nichtberufsunfallversicherung (NBU)

Am weitesten sind die Vorbereitungen im Bereich der Subventionierung der Unfallversicherung fortgeschritten. Hier hat die Regierung bereits einen Vernehmlassungsbericht verabschiedet. Sie wird dem Landtag im Frühjahr kommenden Jahres einen Bericht und Antrag zur Abschaffung dieser Subvention unterbreiten, obgleich zu erwarten ist, dass verschiedene Vernehmlassungsteilnehmer alternative Vorschläge einbringen werden. Die Abschaffung wird auf den 1.1.2012 geplant und wird den Staatshaushalt nachhaltig um rund CHF 12 Mio. entlasten.

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Bis Ende des Jahres wird die Regierung eine Vernehmlassung zur Anpassung des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung verabschieden. Diese wird zwei Zielsetzungen enthalten, nämlich einerseits Massnahmen zur nachhaltigen Sicherung des Sozialwerks und gleichzeitig solche zur Reduktion des Staatsbeitrags an die AHV. Letztere soll in erster Linie dadurch erreicht werden, dass die heutige, sehr grosszügige Subventionierung der Rentenkürzungssätze für den Rentenvorbezug abgeschafft wird. Damit entfällt auch die heutige Zweckbindung von 2/3 der LSVA-Einnahmen, welche bei der Einführung der LSVA für eben diesen Zweck geschaffen wurde. Gleichzeitig soll der Staatsbeitrag nicht mehr wie heute an die Rentenentwicklung gekoppelt, sondern als fixer, teuerungsindexierter absoluter Beitrag definiert werden. Als Massnahme zur langfristigen Sicherung der AHV wird aktuell geprüft, welche versicherungsmathematischen Auswirkungen eine Neureglung der Teuerungsanpassung für Renten hat. Konkret sollen die Renten inskünftig nur noch an die Preisentwicklung gekoppelt sein und es soll nicht mehr der heute noch angewendete Mischindex aus Preis- und Lohnentwicklung zur Anwendung gelangen. Zudem möchte die Regierung eine "Sicherheitsgrenze" für den AHV-Fonds definieren. Die angestrebte Entlastung des Landeshaushalt beläuft sich auf rund CHF 15 Mio.

Krankenversicherungsbereich

Der KVG-Bereich soll einen Nettobeitrag von CHF 23 Mio. zur Zielreduktion beitragen. Auch in diesem Teilprojekt wird die Regierung bis Ende 2010 einen Bericht in die Vernehmlassung geben. Dieser wird folgende Schwerpunkte beinhalten:

Die der OKP durch die Subventionsreduktion entzogenen Mittel müssen von den Versicherten über höhere Prämien und/oder eine höhere Kostenbeteiligung eingebracht werden. Im Vernehmlassungsbericht wird vorgeschlagen werden, die Kostenbeteiligung so weit zu erhöhen, dass die Prämien trotz der Reduktion der staatlichen Subventionen nicht wesentlich steigen werden. Der Vorteil einer allfälligen Umwälzung auf die Prämien besteht darin, dass das System dadurch sehr solidarisch bleibt. Als Nachteil kann sicher angeführt werden, dass bei höheren Prämien für alle das Anspruchsverhalten des Einzelnen noch grösser werden kann. Durch eine höhere Kostenbeteiligung kann sich der Versicherte jeweils überlegen, ob er eine Leistung wirklich beanspruchen soll. Er muss sie schliesslich – bei genügend hoher Kostenbeteiligung – auch selbst bezahlen. Das System wird also gewissermassen "entsolidarisiert", andererseits wird der sparsamere Umgang mit dem Leistungsbezug durch eine tiefere Kostenbeteiligung belohnt.

Da die Prämien bei der oben beschriebenen Lösung nicht wesentlich steigen werden, ist auch keine grundsätzliche Anpassung am System der Prämienverbilligung nötig. Umgesetzt werden sollen die Streichung des Freibetrags von 70 % auf Renten sowie die Gleichstellung von in eheähnlicher Gemeinschaft im gleichen Haushalt wohnhaften Lebenspartnern zu Ehepaaren.

Ausserhalb der Inhalte der Sanierungsprojekte im engeren Sinne sollen noch weitere Themen angesprochen werden, wobei einiges davon über Verordnung umgesetzt werden kann:

- Senkung der Publikumspreise ("Abgabepreise") bei den Medikamenten
- Managed-Care
- Taggeld
- Tagespauschalen im stationären Bereich
- Plafonierung des Arbeitgeberbeitrags
- Strikte Trennung der OKP von der Zusatzversicherung "Freie Arztwahl"

Um das Gesamtziel von CHF 80 Mio. im Beitragsbereich zu erreichen, müssen nebst den vier aufgezeigten Hauptbereichen alle übrigen Beitragsleistungen insgesamt um CHF 21.3 Mio. reduziert werden. Hier handelt es sich um eine Vielzahl kleinerer und grösserer Transferleistungen, welche aktuell allesamt überprüft und mit Reduktionszielen versehen werden. Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis Mitte des nächsten Jahres zu jeder einzelnen dieser Beitragsleistungen einen Beschluss gefasst zu haben, ob diese unverändert belassen, reduziert oder gänzlich abgeschafft werden soll. In Teilbereichen wurden bekanntlich schon Massnahmen ergriffen, so z.B. bei den Förderleistungen nach dem Energieeffizienzgesetz, im Bereich des öffentlichen Verkehrs sowie bei der Abschaffung von Subventionen für Elektrofahrzeuge.

9.2 Finanzaufweisungen

Die Finanzaufweisungen an die Gemeinden sollen nach den Zielvorgaben des Landtags um CHF 50 Mio. im Vergleich zum Budget 2010 reduziert werden. Hierzu hat die Regierung an ihrer Sitzung vom 12. Oktober 2010 einen Vernehmlassungsbericht verabschiedet. Diesem Bericht vorangegangen sind zwei Treffen mit der Vorsteherkonferenz Ende Juni und Ende September 2010. Im September-Treffen wurde mit der Vorsteherkonferenz ein Grundlagenpapier diskutiert, welches die Regierung im August 2010 verabschiedet hatte. Wenn auch diverse Gemeindevertreter der Ansicht waren, dass die auf sie zukommende Kürzung un-

verhältnismässig hoch sei und geändert werden müsse, so ist doch zu attestieren, dass seitens der Gemeinden durchaus die Einsicht erkennbar ist, dass die Finanzausweisungen einen relevanten Beitrag zur Zielerreichung leisten müssen.

Konkret enthält der Vorschlag der Regierung die folgenden Massnahmen:

- deutliche Reduktion des Mindestfinanzbedarf für die Finanzausgleichsgemeinden
- Streichung des Gemeindeanteils an der Grundstückgewinnsteuer
- Senkung des Gemeindeanteils an der Kapital- und Ertragssteuer von heute 40 % auf neu 35 %
- Begrenzung des Maximalanteils einer Gemeinde am Kapital- und Ertragssteueranteil bei 25 % (heute 40 %)
- Reduktion der Zuschlagssätze für die Finanzausgleichsstufe 2 für kleinere Gemeinden um jeweils 10 %

Die Realisierung dieser Massnahmen führt in den Gemeinden zu einer durchschnittlichen Reduktion der Finanzausweisungen um -25 %. Bei den kleineren Gemeinden liegt der Rückgang zwischen -14 % und -18 %, bei den grösseren zwischen -20 % und -23 %. Die Gemeinde Vaduz muss aufgrund ihrer ausserordentlichen Ausgangslage einen Rückgang der direkten Steueranteile um rund -50 % hinnehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Erträge der Gemeinden aus der Vermögens- und Erwerbssteuer hiervon nicht betroffen sind. Diese Berechnungen basieren zudem auf Modellzahlen. Dabei bestehen Unsicherheiten v.a. bei den konkreten Auswirkungen des neuen Steuergesetzes sowie bei der mittel- und langfristigen Entwicklung der Kapital- und Ertragssteuern. Die Regierung sieht allerdings keine Alternative zu dem gewählten Vorgehen.

In zeitlicher Hinsicht sollen die neuen Regelungen ab 2012 wirken, wobei der Vernehmlassungsbericht im Bereich des Finanzausgleichs eine Reduktion des

Mindestfinanzbedarfs in zwei Schritten vorsieht. Die Regierung ist sich bewusst, dass das neue Finanzausgleichssystem erst im Jahr 2007 implementiert wurde und nur für die Jahre 2008 und 2009 zur Anwendung gekommen ist. Es kann deshalb "seltsam" anmuten, wenn nun schon nach so kurzer Zeit bereits wieder Gesetzesänderungen vorgeschlagen werden. Auf der anderen Seite wäre eine isolierte Anpassung der Stellgrösse "Mindestfinanzbedarf", welche der Landtag alle vier Jahre vorzunehmen hat, unfair, da sie lediglich die Finanzausgleichsgemeinden treffen würde. Die Regierung sieht die von ihr vorgeschlagenen Massnahmen für die Gemeindehaushalte als tragbar wenn auch durchaus einschneidend an. Wie das Land, werden die meisten Gemeinden gleichermassen nicht darum herumkommen, auf der Aufwand- und Investitionsseite Reduktionsmassnahmen zu realisieren.

9.3 Personalaufwand

Im Bereich des Personalaufwands laufen Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen. Zum einen gibt es bereichsübergreifende Themen zu bearbeiten und andererseits sind im Bereich der Landesverwaltung und im Bildungsbereich Überlegungen zur Aufgaben- und Ausgabenreduktion anzustellen.

Der Projekt-Steuerungsausschuss hat sich mit einer Reihe von bereichsübergreifenden Massnahmen im Personalbereich beschäftigt. Nebst Themen wie z.B. den Sozialversicherungsleistungen für das Staatspersonal, dem Verwaltungsabend oder der Handhabung von Feiertagsbrücken ist es in erster Linie die Frühpensionsregelung, welche hohe Kosten verursacht und für welche die zukünftige Ausgestaltung zu definieren ist. Konkret werden verschiedene Modelle untersucht wie z.B. eine Erhöhung der Frühpensionierungsgrenze um 2 Jahre oder auch eine stärkere finanzielle Beteiligung der Frühpensionierten. Was ebenfalls zur Diskussion steht ist die Variante, dass der generelle Rechtsanspruch des Staatspersonal auf Frühpensionierung aufgehoben werden und – wie teilweise

auch in der Privatwirtschaft – die Frühpensionierung gezielt und individuell als personalpolitisches Instrument eingesetzt werden soll. So könnte dieses gerade im Hinblick auf die geplante Aufgabenreduktion durchaus hilfreich sein, um Versetzungen von Landesangestellten, deren Aufgaben reduziert oder aufgehoben werden sollen, zu erleichtern und so möglichst Entlassungen zu vermeiden.

Es gibt insofern eine direkte Abhängigkeit zwischen der Frühpensionierungsfrage und den übrigen Personalmassnahmen, als sich die Gesamtreduktion von CHF 15 Mio. aus der Summe aller Massnahmen zusammensetzt. Je nachdem, welcher Weg nun im Bezug auf die Frühpensionierungsregelung eingeschlagen wird, müssen die übrigen Personalbereiche mehr oder weniger zur Zielerreichung beitragen.

Im Bereich der Landesverwaltung wurde im Frühjahr/Sommer bei den Amtsstellen eine umfangreiche Aufgabenanalyse durchgeführt. Die Amtsstellen erhielten dazu die Vorgabe, Vorschläge zu unterbreiten, mit welchen Massnahmen eine Personalreduktion von -10 % in ihrem Aufgabenbereich realisiert werden könnte. Aus diesem Prozess resultierten mehrere hundert Vorschläge. Vom Steuerungsausschuss wurde definiert, wie die weitere Bearbeitung dieser Vorschläge zu erfolgen hat. Zum einen müssen diese für die Regierungsressorts und Amtsstellen rein technisch handhabbar gemacht werden und zum anderen ist zu definieren, wie die weitere Bearbeitung bis hin zur Beschlussfassung durch die Regierung abläuft. Ohne Zweifel wird die Befassung der Amtsstellen und Regierungsressorts mit dieser Thematik eine Vielzahl kleinerer und grösserer Projekten auslösen und trotz externer Unterstützung ist der dafür notwendige interne Zeitaufwand keinesfalls zu unterschätzen. Abgesehen davon liegt es auch in der Verantwortung des Landes als Arbeitgeber, sich gründlich mit den aufgebrachten Fragestellungen zu befassen, geht es doch in diesem Bereich schlussendlich v.a. auch um Entscheide, welche für Einzelpersonen grössere Auswirkungen bedeu-

ten können. Die Regierung ist bestrebt, bei beschlossenen Änderungen von heute wahrgenommen Aufgaben den betroffenen Personen möglichst eine Weiterbeschäftigung in der Landesverwaltung zu ermöglichen. Allerdings kann seitens des Staatspersonals nicht der Anspruch erhoben werden, die gleichen Tätigkeiten weiterführen zu wollen oder in der gleichen Amtsstelle weiterhin tätig zu sein. Im einen oder anderen Fall wird ein hohes Mass an Flexibilität gefordert und notwendig sein. Ein wirklicher Stellenabbau soll soweit als irgend möglich über die natürliche Fluktuation erfolgen. Diese bietet durchaus Chancen, wenn man bedenkt, dass z.B. von Januar bis September 2010 die Mutationsrate (d.h. sämtliche Abgänge im Verhältnis zum Personalbestand) bei 6.4 % lag. Das sind 61 Abgänge in den ersten neun Monaten 2010.

Anders wird das Projekt im Bereich des Personalaufwands der Lehrpersonen geführt. Hier wurden sieben Stellschrauben im Bereich des Leistungsangebots und deren fünf zu den Rahmenbedingungen im Vergleich zum Kanton St. Gallen eruiert. Dabei konnten mittels Experteninterviews und der Auswertung von umfassendem Datenmaterial teilweise substantielle Unterschiede zwischen dem Kanton St. Gallen und den im Land angewendeten Regelungen festgestellt werden. Die Projektgruppe wird nun die Massnahmen weiter ausarbeiten und zu Handen der Regierung einen detaillierten Bericht erstellen. Aber auch für den Bildungsbereich gilt, dass die schlussendliche Reduktionszielsetzung erst festgelegt werden kann, wenn Klarheit darüber besteht, wie in Sachen Frühpensionierungsregelung weiter verfahren werden soll.

9.4 Sachaufwand

Beim Sachaufwand wurden in gleichen Zug wie bei Personalaufwand die Amtsstelle aufgefordert, entsprechende Reduktionsmöglichkeiten aufzuzeigen. Diese liegen vor und die weitere Bearbeitung dieser Themen wird analog dem Personalaufwand angegangen. Des weiteren werden zentral verschiedene bereichs-

übergreifende Themen analysiert und bearbeitet, so z.B. die Thematik der Buchung von Dienstreisen. Ein erster Schritt zur Aufwandreduktion wurde hier bereits mit dem Voranschlag 2011 gesetzt, indem die Regierung die Vorgabe beschlossen hat, dass die Sachaufwandskonten wo immer möglich auf das Aufwandsniveau der Rechnung 2009 reduziert werden müssen.

II. ANTRAG DER REGIERUNG

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen unterbreitet die Regierung dem Landtag den

Antrag.

der Hohe Landtag wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete, den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung.

**REGIERUNG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN**